

Roms Zirkuskampfen zeigt, recht wenig erhebend. Hier wird nicht ein edler Kampf durch den Zuschauer noch geadelt, sondern viel eher der Zuschauer durch das Niveau des Amüsments gedrückt. Nichts ist vielleicht für das Niveau bezeichnender als die Tatsache, daß alle Erregungen in die Nacht fallen. Man muß am Tage in die Halle treten, wenn man die Unpopulärlichkeit und das Plebejerium der ganzen Veranstaltung erkennen will. Ringsum drücken sich im zweiten Raum ein paar Hundert Menschen an den Wänden herum, die mit den zahllosen Besetzleuten laufen, denen man die Aufnahme in einen modernen Ringge kaum gewöhren würde. Auch diese kräftigen Anfeuerungen nutzen freilich nichts: die Fahrer trotzen ruhig ihres Weges weiter. Erst in der Nacht, wenn feiderausende Damen und Dämchen ihre Muskeln bewundern können, wenn die Kavaliers aus Cit und West-Burtonmorscheine für einen kleinen Nebenbengel opfern, wenn aus tausend Kehlen ungehüllte Mäse drohen, wenn die Selbstproppen knallen und die schwüle Luft der Großstadt von der Strake in breiten Wellen herein schlägt — dann erst, in dieser Atmosphäre voll Gier und Unsauberkeit, aber auch voll rasender Gemüthsucht und wilder Sensation, geruhen die Herren Fahrer sich auf die Erfüllung „sportlicher“ Aufgaben zu besinnen. Einer schießt vor aus der Menge und rast an den andern vorbei. Im nächsten Augenblick hängt sein bunter Sweater einsam auf der Aurore, die in schon überregender Steilheit auf den schmalen Seiten der Bahn emporwächst, und sault dann davon, vomwärtsgepeitscht vom fanatischen Gebrüll der Anhänger, von den Atzenzigen der Tausende, die pfeifend die Luft durchschneiden, von dem hysterischen Jubel der nächsten Frauen. Und im übernächsten Augenblick hängen die anderen schon wieder an seinen Rebeulen, in toller Jagd ge-

stellungen von leichten Funkstationen und Motordrähern hin, die an verschiedenen Firmen ergingen. Für die Aufstellung neuer Batterien und Beschaffung von Geschützen bei der Feldartillerie werden im Jahre 1914 etwa 210 Millionen Mark vorausgesehen werden, auch die schwere Artillerie des Heeres wird eine derartige Vermehrung erfahren, daß jedes Armeekorps über eine Abteilung davon verfügt. — Die Festungs- und Belagerungsartillerie soll in der Zeit von 1913 bis 1920 mit einem Kostenaufwand von etwa 400 Millionen Mark mit modernem Geschützmaterial ausgestattet werden. — Schließlich werden die technischen Vorrichtungen vergrößert, vermehrt werden. Neben der Aufstellung neuer Eisenbahn-Bataillone, Kraftfahrkompanien und Scheinwerferkommandos, werden namentlich die Fliegertruppen hierbei in erster Linie berücksichtigt werden. In weitaus größtenteils Weise hierbei vorgegangen wird, beweist die kürzlich erfolgte gleichzeitige Bestellung von 400 Flugzeugen bei russischen Fabriken.

Das Zusammentreffen aller der hier nur andeutungsweise gekennzeichneten Faktoren bedeutet eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden, weil jeden Tag gefährdet werden muß, daß die Manier der russischen Diplomatie Rußland unter dem Druck der nationalistischen Geister soweit herausführt, daß es nicht mehr zurück kann. Die Gefahr wird besonders akut für Deutschland angesichts der in zwei Jahren beginnenden Handelsvertragsverhandlungen. Wenn von russischer Seite schon jetzt bei der Vorbereitung der Verhandlungen mit Preußen gearbeitet wird, wie wir sie jüngst in der Moskauer Handelskammer hörten (die Erklärung Delbrücks im Reichstag, Deutschland beabsichtige es beim alten Tarif zu lassen, sei eine Herausforderung Rußlands), so sind die Verhandlungen selbst eigentlich nur noch unter den Mündungen geladener Geschütze denkbar, und wer von beiden Seiten den Wuff am längsten wird durchhalten können, wird Sieger bleiben. Dies Drohen und Spielen mit dem Feuer, dessen wir uns von russischer Seite zu gewärtigen haben, macht die allgemeine Situation um so unsicherer, je zahlreicher und unkontrollierbarer die Einflüsse sind, die schließlich den Ausschlag geben können; man erinnere sich, daß der Balkankrieg im Jahre 1877 von einer kleinen Clique angeregt worden konnte, und daß der Krieg mit Japan gegen den ausdrücklichen Willen des Zaren losbrach. Bis vor zwei Jahren lebte man in den friedelustigen Kreisen noch in der Furcht vor der Revolution; diese Furcht schwindet mehr und mehr nach dem glücklichen Gelingen der Agrarreform, auch nach Erkenntnis des wohlwollenden Einflusses der neuen Abgrenzung der militärischen Dienstzeit. Den Russen schwillt der Kamm! Sie glauben mit ihrem gewaltigen Reservenpark bald allein, selbstständig und ohne Anlehnung an die europäischen Staaten handeln zu können. Dabei ist in ihren gebildeten Schichten nicht durchgehend das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl so weit entwickelt, wie bei den älteren Kulturvölkern. Wenn es im Anschluß an die Balkankrise nicht zum Kriege gekommen ist, so war daran die mangelnde Bereitschaft Frankreichs schuld. Auch heute ist Frankreich durchaus im Rückstande. Die französische Armee steht mitten in einer schweren Krise: sie wäre kaum anders zu mobilisieren, als daß man den zweiten Rekrutenjahrgang zurückließ und statt dessen Reservisten einsetzte; nirgends bei den Kompanien und Schwadronen gibt es eine genügend große Zahl ausgebildeter Mannschaften, um so mehr Rekruten, die nicht intensiv ausgebildet werden können; bei der Kavallerie tritt erschwerend der Mangel an durchgerittener Rekrutenpferde hinzu. In dem Moment, in dem die russische Kriegspartei sich unabhängig von Frankreichs Bereitschaft weigert, wird sie mit allen Mitteln zum Kriege drängen, gegen den als alleiniges Bollwerk lediglich die Freundschaft zwischen Zar und Kaiser vorhanden ist.

Kopps Nachfolge.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

S. Rom, 9. März.

Ein italienisches Blatt schreibt, und darin stimme ich ihm durchaus bei: man könnte glauben, ein Spahibogel hätte die Kandidatur des Prinzen Reg von Sachsen zur Diskussion

gestellt. Eigentlich sollte man auch in Deutschland nicht ein so kurzes Gedächtnis haben und wissen, daß dieser Prinz im Vatikan „unten durch“ ist. Er gilt denen, die ihm freundlich gegenüberstehen, als origineller Kopf. Aber der Prinz hat in Rom sehr wenig Freunde. Diejenigen, die ihm unwillkürlich gegenüberstehen, drücken sich ungut aus. Es ist 3/4 Jahre her, daß Prinz Reg wegen seiner bekannten Publikationen über die Ausnahmismöglichkeiten zwischen der orthodoxen und der römischen Kirche ad audiendum verbum nach Rom kam. Auch wenn man ihm jenen „Lapsus calami“ schon vergeben hätte, so liegt doch noch eine Reihe anderer Dinge vor, die dem Prinzen die Möglichkeit eines hervorragenden Bischofskandidatur verippen. Doch sprechen wir nicht erst von diesen an sich wenig belangreichen Dingen. Wenn auch von dem Bischof Norum und Schulte als Kandidaten für Breslau die Rede war, so kann nach Verlautbarungen in gut informierten vatikanischen Kreisen heute nur gesagt werden, daß auch diese beiden Herren ernstlich gar nicht in Frage kommen. Dagegen hat der preussische Gesandte beim heiligen Stuhl bereits beim Vatikan angefragt, ob der Bischof Horn von Dulaß und der Generalabt der Benediktiner v. Stöpingen Ausichten auf das päpstliche Placet hätten. Man hat dem Gesandten bisher ausweichend geantwortet. Der Vatikan will Zeit gewinnen, um in Berlin zu sondieren, ob er mit der Befestigung des Breslauer Bischofsstuhles nicht noch eine Reihe anderer Fragen nach seinem Sinne regeln könnte. Wenn nicht alles täuscht, dürften mehrere Monate vergehen, bis man sich in Rom in dieser Frage positiv geäußert haben wird. Wir wollen nicht vergessen, daß Kardinal Kopp mit der polnischen Klerisei in jahrelanger Fehde stand. Der Papst aber möchte den Polen bei der letzten Gelegenheit eine Genugtuung für das vergangene „Ungeheuer“ auf indirektem Wege verschaffen. Daher richtet sich sein Blick nach Polen. . . . Pius X. sah die Frage der Befestigung des Breslauer Bischofsstuhles bei dieser Gelegenheit gleichfalls gern geregelt. Ja, er würde gar nicht zögern, dem neuen Erzbischof von Poznan auch den Kardinalshut zu verleihen, um dem polnischen Klerus ein Zeichen seiner Huld zu geben. Als ausgeschlossen gilt es, daß im nächsten Konsistorium, wenn nicht zuvor die polnische Frage erledigt wird, ein deutscher Kardinal ernannt wird.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser und die deutsche Vogelschuhbewegung. Neuerdings hat der Kaiser, dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge, sich Bericht erlassen lassen über den Stand und die Ausbreitung der Vogelschuhhätten im Deutschen Reich, und damit seiner lebhaften Anteilnahme an der deutschen Vogelschuhbewegung wiederum Ausdruck verliehen. Dabei hat es den Kaiser mit ganz besonderer Freude erfüllt, daß durch Regierungswahnnahmen, die teilweise seiner Anregung ihre Entstehung verdanken, der Schutz der heimischen Vögel erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Als vorbildlich darf hier bekanntlich das Vorgehen der Eisenbahnverwaltungen erwähnt werden, die durch Bepflanzung der Böschungen mit Gebüsch zum Schutze der Vögel beigetragen haben und damit dem Verschwinden so mancher Vogelart Einhalt geboten haben. Wie rego das Interesse des Kaisers an der Vogelschuhbewegung ist, beweist der Umstand, daß auf seinen Wunsch auf dem königlichen Schloß zu Celle eine vorbildliche Vogelschuhhütte eingerichtet ist. Der Kaiser ließ die ganze westliche Schloßberg-anshöhe zu einem Vogelschuhgehölz ausfällen. Der Anregung des Kaisers zufolge hat die letzte Zeit mehrfach die Anlage größerer Vogelschuhhätten gebracht, von denen die auf der Insel Hiddensee eine der bekanntesten ist. Es sprechen mehrfach Angaben dafür, daß man sich seitens der Regierung nicht mit dem bisher Erreichten zu begnügen gedenkt. So sind den Ministerien für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten in neuerer Zeit mehrfach Anweisungen zum Schutze der Schwölben zugegangen. Es steht zu hoffen, daß ländliche Gemeinden dem kaiserlichen Beispiel nachfolgen werden durch Schaffung geeigneter Anlagen. Neuerdings hat auch die Militärverwaltung auf den ihr gehörenden Geländen Anlagen zum Vogelschutz geschaffen, indem sie in den Gärten der Kasernen und Lazarette Vogelschuhhätten geschaffen hat.

* Ein agrarischer „Willkommensgruß“ für den neuen handelspolitischen Leiter im Auswärtigen Amt. Zum Nachfolger des demnächst aus seinem Amte scheidenden Direktors der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes ist, wie bereits gemeldet, Generalkonsul Johannes ausersleben. Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt dem kommenden Direktor bereits eine Warnung zukommen. Sie teilt mit, daß sie mit Herrn Johannes früher manchen Streich habe ausgefächelt müssen; sie wolle ihm trotzdem nicht von vornherein Mißtrauen entgegenbringen, sondern abwarten, wie er sein Amt führen wird.

Ausstellung, die vom Deutschen Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien arrangiert ist, lockt natürlich in erster Linie die Frauen. Sie scharen sich am dichtesten um die Vitrine der Diamantenregie, in der neben lauterem Golde die glühenden Steine funkeln, nach denen das Herz der Frauen nun einmal steht. Unsere Männer interessieren vielleicht mehr die wirtschaftlichen Eröffnungen. Im letzten Rechnungsjahresbericht der Regie findet man bereits eine Jahreseinnahme von fast 64 Millionen für diese Steine. Dabei hat man bisher nur ziemlich kleine gefunden, von 1/2 bis 1/4 Karat Gewicht, doch zeigt die Ausstellung, daß Funde von über 20 Karat neuerdings nicht mehr selten sind. Sehr reich ist auch der Bestand an Halbedelsteinen, die überwiegend in den Schleifereien von Jdar zur Verarbeitung gelangen. Eine köstliche giftgrüne Tischplatte aus Malachit lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich.

Unterstützt wird der lebendige Eindruck der Ausstellung durch die instruktiven Ausführungen des Katalogs sowie durch eine Anzahl Aufnahmen aus den Fundgebieten unserer Kolonien. Man gewinnt aus all diesen Dingen zusammen das Empfinden, daß es sich für uns da unten im dunklen Erdteil doch um mehr handelt als ein bloßes Prestige. Und das ist für viele Besucher dieser lehrreichen Ausstellung nicht nur ein Sensationelles, sondern fast schon eine Sensation.

Erich Köhler.

Aus Kunst und Leben.

Das Land der Literaturpreise. Einer der führenden französischen Verleger ist mit dem Plan hervorgetreten, einen neuen großen französischen Literaturpreis zu schaffen; alle Verleger sollen sich bei dieser Aufgabe zusammenschließen, um

Die 11. Generalversammlung des „Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. B.“ fand am Dienstag, 10. März, in Leipzig im „Strifflerpalast“ statt. Nachdem der Vorsitzende Herr Selzer Tied, die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, wurde der Antrag hannoverscher Mitglieder angenommen, zu den Ausschüssen je ein Mitglied aus den verschiedenen Bezirken Deutschlands hinzuzuziehen. Gemäß Punkt 2 der Tagesordnung „Satzungsänderung“ wurde noch einem kurzen Referat von Herrn Dr. Bernide die vorgeschlagene Änderung des § 8 angenommen, durch die die Zahl der zu wählenden Ausschussmitglieder von 15 auf 21 erhöht wurde. Bei den folgenden vorgenommenen Ausschusssitzungen wurden die ausstehenden Mitglieder wieder und 8 Mitglieder neu gewählt. Zur Neuordnung der Konferenzsaal-Verhältnisse Herr Dr. Bernide kurz die Beschlüsse der Reichstagskommission und hob hervor, daß die über die Angelegenheiten der Reichsregierung weit hinausgehenden, die Vorlage höchstwahrscheinlich scheitern würde. Zum Punkt Mitteilungen und Anträge berichtete Herr Bronner über einen Vorschlag, den er in Frankfurt a. M. gegen den dortigen Rabattparverein führt, ferner berichtete Herr Bach über die Frage der Sonntagsruhe und die Herren Tied und Althoff über die Verhandlungen der Rinder-Kommission. In der öffentlichen, von ca. 400 Mitgliedern besuchten Versammlung erstattete Herr Dr. Bernide den Jahresbericht und Herr Stein den Kassenbericht, worauf dem Vorstände Entlastung erteilt wurde.

Heer und Flotte.

Die graue Felduniform. Zu den mißfälligen Äußerungen in der bayerischen Kammer über die neue eingeführte graue Felduniform schreibt die „R. pol. Korresp.“: Auch von der preussischen Heeresverwaltung wird nicht verkannt, daß die neue Felduniform neben vielen Vorteilen auch Nachteile in sich birgt, an deren Abstellung aber ernstlich gearbeitet wird. Der Hauptnachteil wird darin gesehen, daß infolge der Gleichförmigkeit des Rockschnittes und vor allem der Farbe eine Verwechselung sowohl unter den eigenen Truppen als auch im Ernstfalle mit feindlichen Truppen, die bekanntlich auch die feldgraue Uniform tragen, sehr leicht möglich wird, da eine Unterscheidung selbst auf geringe Distanzen schwierig ist. Man trägt sich daher mit Ermüdungen, zu der Felduniform wieder die farbigen Kragen und Aufschläge in den alten Waffenfarben einzuführen, oder den grauen Krügen wenigstens mit einem Spiegel in diesen Farben zu versehen.

Hundertjahrfeier des Garde-Schützen-Bataillons. Das Garde-Schützen-Bataillon in Berlin-Lichterfelde hat alle ehemaligen Angehörigen des Bataillons zu seiner am 26. 27. und 28. Mai 1914 stattfindenden Hundertjahrfeier eingeladen. Der Kaiser hat sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Es wird in den Kreisen ehemaliger Garde-Schützen beabsichtigt, dem Bataillon einen Fonds zum Besten unterhaltungsbedürftiger Oberjäger und Schützen zu stiften. Beiträge werden an den Schatzmeister Kaufmann A. Busch, Berlin O., Fruchtstraße 2a, erbeten und gleichzeitig auch ein vom Bataillon festgesetzter Unkostenbeitrag in Höhe von 2 M. für Festabzeichen und Programm.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Dr. Sviba legt sein Mandat nieder. Prag, 9. März. Der tschechische national-sozialistische Reichsratsabgeordnete Dr. Sviba, der als Polizeigagent entlarvt wurde, ist von der obersten Nationalvertretung der Tschechen, dem Nationalrat, nach Prüfung des Beweismaterials für schuldig befunden und ausgeschlossen worden. Dr. Sviba hat sein Reichsratsmandat niedergelegt und ist abgereist. Sein Ziel ist unbekannt.

Das Ergebnis der ungarischen Volkszählung. Budapest, 9. März. Das Schlusergebnis der ungarischen Volkszählung stellt sich wie folgt dar: Die Gesamtzahl der Bevölkerung hat sich seit der Volkszählung 1900 von 19 254 550 auf 20 888 488 vermehrt. Von je 100 der Gesamtbevölkerung sind 56,4 gegen 49,8 im Jahre 1900, von 100 der über 6 Jahre alten Bevölkerung 66,7 gegen 59,8 im Jahre 1900 des Lesens und Schreibens kundig. Im ganzen eigentlichen Ungarn vermehrte sich die Zahl der magyarisch Sprechenden von 51,4 auf 54,5 von 100 der Gesamtbevölkerung, dagegen verminderte sich die deutsche Sprache (Rabatene: Wenn man der Unparteilichkeit des ungarischen Zählapparats in diesen Dingen Glauben schenken will, was auf einer anderen Seite steht. Schriftl.) von 11,9 auf 10,4, die slowakische von 11,9 auf 10,7, die rumänische von 16,6 auf 16,1 und die serbische von 2,8 auf 2,6.

Schweiz.

Leitung der Indienstnahme durch den Simplon. Bern, 10. März. Die schweizerische Postverwaltung ist mit der französischen und englischen Postverwaltung in Unterhandlungen eingetreten, die darauf abzielen, die bisher auf der französischen Strecke durch den Mont-Cenis-Tunnel beför-

es ein paar Mal um die Bahn — und dann ist alles wieder aus, das Rudel ist wieder beisammen, die Erregung im Rund läuft ab und ertrinkt im Alkohol, die Frauen widmen sich wieder ihren Kavalieren, die Sensation ist genossen. Es war halt doch nur ein Sensationelles.

Es fällt mir nicht ein, mich nun um eine Gedankenbrücke zu bemühen, wenn ich vom Sechstagerrennen, dem Willen der falschen Werte, zum Herrenhaus gelangen will, in dessen Wandelhalle augenblicklich eine Fülle höchst echter Werte zu sehen ist. Denn gerade in der Freiheit der Gegenseite liegt der Reiz des modernen Berlin und man schadet seiner Phosphonomie nur, wenn man überall Übergänge und Zusammenhänge suchen will. Freilich wären sie in diesem Falle vielleicht gar nicht so schwer zu finden. Wie man beim Sechstagerrennen allmählich von ihrer sportlichen Hochschätzung zu ihrer völligen Verachtung gekommen ist, so bedeutet die Ausstellung südwestafrikanischer Edelsteine im Herrenhaus die Ordnung einer ungelehrten Entwicklung von jenem lauten oder leisen Singspielchen, mit dem die ersten Nachkommen von Diamantenfunden in Deutsch-Südwest aufgenommen wurden, bis zu der launenden Bewunderung, mit der man die mannigfachen Eindrücke dieser kleinen, aber wertvollen Zusammenstellung betrachtet. Sie lehrt, daß der Boden unserer Kolonie nicht nur Diamanten von seltenem Feuer, sondern auch eine ganze Reihe anderer Edelsteine hergibt, von denen der Heliodor durch seine Schönheit besonders auffällt. Aus dem Besitz der Kaiserin ist ein Heliodorkreuz ausgestellt, das alle Facetten des östlichen Steins vor uns aufleuchtet läßt. Ganz tiefste Granaten, Topase von einem durchsichtigen Weinrot, meergrüne Aquamarine, eine wunder-volle Reihe aus rötlich schimmernden Rubinen von Rosenquarz, lenken auch männliche Aufmerksamkeit auf sich. Denn diese

gemeinsam die Preissumme aufzubringen, und die Verteilung soll durch ein Komitee erfolgen, das sowohl aus unparteiischen Kritikern besteht wie aus einer Anzahl von Verlegern, die von der Gesamtheit der Verlagsbuchhändler gewählt wird. Der „Temps“, der diese Mitteilung macht, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß wohl keine Nation für die Förderung des Schrifttums so großzügig sorgt wie die Franzosen. Frankreich ist in der Tat das Land der Literaturpreise. Jährlich werden verteilt: der Goncourt-Preis, der sich auf 5000 Franken beläuft, der ebenso hoch dotierte Preis der „Vie heureuse“, der erst kürzlich gestiftete Preis der Kritik von 1000 Franken, die Société des gens de lettres verteilt jährlich rund 18 000 Franken an Dichter und Schriftsteller, die Vereinigung der „Fünftunzigjährigen“ weitere 4 bis 5000 Franken im Jahre, und dazu treten noch die wesentlich höheren Preise, deren Verteilung in den Händen der Académie Française liegt. Die Académie bestimmt jährlich über den „Großen Literaturpreis“ von 10 000 Franken, dazu treten der Monthyon-Preis in Höhe von 18 000 Franken, der große Broquette-Gonin-Preis von 10 000 Franken, der Berger-Preis von 15 000 Franken, der Gobert-Preis von 10 000 Franken, der Jean-Reynaud-Preis von 10 000 Franken und noch viele andere Preise, die zum größten Teile aus Stiftungen und Vermächtnissen herrühren, die zugunsten der Literatur gemacht wurden. Allein die Académie bringt jährlich an die Schriftsteller und Dichter 170 000 Franken an Preisen zur Auszahlung, und rechnet man alle die anderen Jahre um Jahr zur Verteilung kommenden Preise dazu, so ergibt sich, daß Frankreich seinen Dichtern und Schriftstellern jährlich nicht weniger als 210 000 Franken, in Wirklichkeit sogar wohl noch etwas mehr, in Literaturpreisen auszahlt.

berten Postfächer, besonders die aus Indien, künftighin durch den Simplon-Tunnel zu befördern. Die Verhandlungen sollen bereits dem Abschluß nahe sein.

Frankreich.

Der Cherbourger Spionagefall. Cherbourg, 10. März. Über die Spionageaffäre der Eva Hornecker wird weiter gemeldet: Nachdem der Spionin die bei ihr beschlagnahmten Briefe vorgelegt waren, gab sie zu, daß sie vom Spionagedienst der deutschen Marine nach Cherbourg geschickt worden sei. Sie habe jedoch niemals beabsichtigt, sich geheime Dokumente zu verschaffen, da sie gewußt habe, daß dies unmöglich sei. Dagegen sollte sie sich möglichst genaue Angaben über alle Verteidigungswerke von Cherbourg, dem Stützpunkt des Armeekanals, verschaffen. Einige Tage vor ihrer Verhaftung hat sie sich in einen Vorort von Cherbourg begeben, wo sich zahlreiche Zementbauten befinden, die im Kriegsfall das Geschützmaterial für Unterseeboote und Torpedos aufnehmen sollen. Die Verhaftete hat den Untersuchungsrichter gebeten, ihrer Schwester in Nancy von ihrer Verhaftung Kenntnis zu geben. Alle Personen, die mit Eva Hornecker in Verbindung getreten sind, sollen vor den Untersuchungsrichter geladen werden.

Das Ende des Marinereingesturfs. Marseille, 9. März. Das Abkommen, das dem Marineminister das Schiedsrichternamt zwischen der Regierendes Maritimes und den Maschineningenieuren überträgt, ist heute abend in der Präfektur unterzeichnet worden. Der Dampferbetrieb beginnt morgen früh wieder.

Portugal.

Machado für die deutsch-englischen Verhandlungen. Lissabon, 10. März. In Beantwortung der Interpellation hinsichtlich der Meldungen über ein deutsch-englisches Abkommen, betreffend die portugiesischen Kolonien, erklärte gestern Ministerpräsident Machado im Senat, daß die Beziehungen Portugals zu diesen beiden Mächten jetzt noch besser seien als in den letzten Zeiten der Monarchie. Die Regierung habe das größte Vertrauen zu ihrer Freundschaft mit Deutschland und dem Bündnis mit England, aber er könne über die schwebenden Verhandlungen nicht antworten.

Italien.

Eine französische Pressestimme zur Ministerkrise. Rom, 10. März. Über die italienische Ministerkrise schreibt der Korrespondent des „Echo de Paris“: Es wird vielfach behauptet, daß ein wie auch immer zusammengefügtes Kabinett in der Hand Giolittis sich befindet, da er in der Kammer eine Gruppe zahlreicher und ihm ergebener Anhänger besitzt. Das kommende Ministerium kann also nur ein provisorisches sein, das an dem Tage, wo Giolitti wieder die Zügel ergreift, von der Bildfläche verschwinden wird. Genau so war es bei den Ministern Sonnino und Luzzati. Selbst nach seiner Demission wird Giolitti weiterhin die politische Situation beherrschen, was naturgemäß denjenigen Männern, die mit der Neubildung eines Kabinetts betraut werden, die Arbeit sehr erschweren wird. Sie müßten sich darauf beschränken, eine untergeordnete Rolle zu spielen. Man ist allgemein der Ansicht, daß es nur unter günstigen Umständen möglich sein wird, ein Ministerium zu bilden, das hinreichend des Ansehen besitzt, um sich in der Kammer und im Ausland durchzusetzen. — Als Mitglied des neuen Kabinetts nennt man u. a. auch den jetzigen Gesandten in Paris, Tittoni.

Rußland.

Die Auswanderung nach Sibirien. Petersburg, 9. März. Die Übersiedlung nach Sibirien weist 1913 eine erhebliche Steigerung auf. 827 000 Siedler sind über und nur 23 000 Wanderer zurück. Für das laufende Jahr ist ebenfalls eine Zunahme zu erwarten.

Balkanstaaten.

Eine Verfassungsänderung in Rumänien. Bukarest, 9. März. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde ein aus der Initiative von Parlamentariern hervorgegangener Gesetzentwurf verlesen, welcher die Revision der Verfassung fordert, um die Agrarreform durchzuführen. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem großen und kleinen Grundbesitz soll beseitigt werden. Der Entwurf bezweckt ferner die Durchführung einer politischen Reform durch die Aufhebung der gegenwärtigen Wahlkörper und deren Ersetzung durch einen einzigen Wahlkörper mit der Vertretung der Minderheiten und der Wahlpflicht. Der Entwurf wurde unter Beifall sofort zum Beschluß erhoben.

Türkei.

Der neue Dreadnought bezahlt. Paris, 9. März. Nach Blättermeldungen aus Konstantinopel hat der Finanzminister der türkischen Nationalbank 135 000 Pfund zur Bezahlung der letzten Rate für den Dreadnought „Reschadieh“ überwiesen.

Der Standpunkt zur Inflation. Pera, 10. März. Wie das „Echo de Paris“ erzählt, hat der Großwesir dem italienischen Gesandten mitgeteilt, daß sich die Pforte unbedingt weigere, einer Entschädigung für die sofortige Räumung der Inseln des ägäischen Meeres zuzustimmen. Die Türkei verlangt allerdings die sofortige Räumung und hat sich bereit erklärt, über die Frage einer Eisenbahngesellschaft in Adakia zu verhandeln, nachdem sie sich vorher mit England ins Benehmen gesetzt hat.

Älien.

Die persischen Welschliedwahlen. London, 10. März. Die „Times“ meldet aus Teheran vom 9. d. M.: Die Teheraner Wahlen zum Welschlied wurden gestern abend beendet. Die meisten der 12 Deputierten gehören zu den Gemäßigten, darunter befindet sich der frühere Präsident des Welschlied, der Vorkämpfer in Konstantinopel Ruschid ed Daulah. Der einzige Demokrat, der gewählt wurde, ist der gegenwärtige Kriegsminister. Unter den übrigen Gewählten ist das geistliche Element stark vertreten.

Südafrika.

Zur Deportation der Arbeiterführer. Kapstadt, 9. März. Im Abgeordnetenhaus beantragte Minister Smuts die dritte Lesung der Indemnitätsbill und betonte dabei, daß die Verhaftung der deportierten Arbeiterführer nicht notwendigerweise eine dauernde sei, da das Einwanderungsgesetz es ermögliche, Deportierten eine zeitliche beschränkte Erlaubnis zur Rückkehr zu geben, falls guter Grund dazu vorhanden sei. Die deportierten Arbeiterführer könnten wegen ihres Verhältnisses verfolgt werden, sie seien aber Leute, die eine soziale Revolution herbeiführen könnten. — Die Indemnitätsbill wurde mit 70 gegen 12 Stimmen angenommen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Das Wetter im Februar und März.

Nach einem echt winterlichen Januar zeichnete sich der Februar, wie seine Vorgänger in den letzten Jahren, wieder durch milde Witterung aus. Fast den ganzen Monat hindurch lag über West- und Norddeutschland tiefer Luftdruck, an deren Rand südwestliche Winde wehten, die im Winter ziemlich warme Witterung und Regenfälle mit sich bringen. Norddeutschland war denn auch schon vom Monatsanfang an bei trübem und regnerischem Wetter festgesetzt. In Süd- und Mitteldeutschland dagegen wurde der direkte Einfluß des Tiefdruckgebiets durch den im Südosten liegenden hohen Druck in der ersten Monatshälfte zunächst noch zurückgehalten. Bei schwachen südlichen Winden herrschte vorwiegend heiteres, trockenes und tagsüber frühlingswarmes Wetter, während die Temperaturen nachts noch meist unter den Gefrierpunkt sanken.

Vom 13. an breitete sich der tiefe Druck über ganz Mitteleuropa aus und brachte in den folgenden Tagen auch unserer Gegend trübes frostfreies Wetter mit häufigen Regenfällen. Am 24. trat dann ein plötzlicher Wechsel in der Luftdruckverteilung ein. Während der tiefe Druck verdrängte, drang von Nordosten und Südwesten hoher Druck vor, der sich zu einem Hochdruckgebiet über Mitteleuropa vereinigte. Am Monatsende traten daher durch nächtliche Ausstrahlung wieder Nachtfröste ein, tagsüber herrschte jedoch herrliches, sonniges und demgemäß angenehmes warmes Wetter.

Im einzelnen war das Verhalten der meteorologischen Elemente folgendermaßen: Der mittlere Luftdruck war um 2½ bis 3 Millimeter zu niedrig. Vom höchsten Barometerstand, 764 Millimeter am 1. Jan. der Luftdruck bis zum 22. auf 728 Millimeter. Dieser Wert war einer der tiefsten, die seit 60 Jahren im Februar beobachtet wurden (absolutes Minimum war 726 Millimeter am 21. Februar 1893).

Die mittlere Monatstemperatur betrug in Wiesbaden 2,7 Grad, in Frankfurt a. M. 4,0 Grad. Verglichen mit den Normalwerten war demnach Wiesbaden um 0,9 Grad, Frankfurt aber um 1,9 Grad zu warm. Die ungewöhnlich große Differenz der Mitteltemperaturen beider Städte erklärt sich daraus, daß sich die nach der vorausgegangenen Kälteperiode des Januars immer noch kalten unteren Luftmassen in dem Wiesbadener Tal festsetzen anstammelten, während die warmen südlichen bis südwestlichen Winde in höheren Luftschichten über die Stadt hinwegwehten. Die niedrigste Monatstemperatur (Wiesbaden) — 7,7 Grad, Frankfurt — 6,6 Grad) wurde am 5., die höchste (11,3 Grad) am 18. gemessen. Eisstage mit anhaltendem Frost kamen nicht vor, dagegen hatte Frankfurt 9 und Wiesbaden noch 12 Tage mit Nachtfrost. Kälter als in unserer Gegend war es in Süddeutschland, im Königreich Sachsen und im Osten des Reichs, mit Ausnahme der Küste, wärmer in Nord- und Nordwestdeutschland, besonders im unteren Rheingebiet. Die Niederschläge waren der Häufigkeit nach zwar geringer, ihre Menge aber meist größer als die normalen Februarwerte. Die Gesamtsumme betrug mit 45 Millimeter in Wiesbaden 129 Prozent, mit 42 Millimeter in Frankfurt 124 Prozent und mit 40 Millimeter in Weidenheim 138 Prozent des langjährigen Mittels. In den höheren Lagen des Gebirges fiel auch die Niederschlagsmenge zu gering aus. Der Feldberg z. B. war mit 58 Millimeter um 17 Prozent zu trocken. In der Ebene trugen hauptsächlich ein länger anhaltender Regen in der Nacht zum 20. und ein kurzer, aber starker Gewitterregen am Abend des 21. dazu bei, daß die Monatsmenge den Normalwert überschritt.

Mit dem 1. März hat nach meteorologischer Einteilung der Jahreszeiten der Frühling begonnen. Wenn sich auch der vergangene Februar schon durch eine fast frühlingmäßige Wärme auszeichnete, so ist damit noch nicht gesagt, daß jetzt der Winter mit seinen Begleiterscheinungen, Frost und Schnee, abgetan ist. Gerade der beginnende Frühling weist, wie seine andere Zeit des Jahres, außerordentliche Witterungsgegenstände auf. Die Märzmonate der beiden letzten Jahre waren die wärmsten seit nahezu 100 Jahren. Ihre Mitteltemperatur betrug mehr als 8 Grad und an keinem Tag sanken die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. Durchschnittlich ist im März mit 10 bis 12 Frosttagen zu rechnen, doch kann im einzelnen sehr wohl noch an allen Tagen Frost auftreten. So hatten die Märzmonate 1845 und 1853 24, der März 1883 sogar 27 Tage mit Frost. Nach einem für unsere Gegend aufgestellten periodischen Witterungsverlauf müßten die ersten Monate dieses Jahres zu kalt ausfallen, und diese Erwartung bestätigte denn auch der Januar mit einer um 2 Grad zu niedrigen mittleren Monatstemperatur. Daß der Februar dann wieder zu warm wurde, ist auf das Verhalten einer kürzeren jene große Periode überlagernden Schwankung zurückzuführen. Der Wärmeüberschuß des vergangenen Monats scheint sich jedoch im März wieder auszugleichen. Der März wird daher voraussichtlich bei wolkiger bis trüber Witterung noch eine Anzahl Frosttage bringen und eine zu niedrige Mitteltemperatur ergeben.

A. S.

Partielle Mondfinsternis. Die erste der in diesem Jahre stattfindenden Finsternisse, die in unserer Gegend zu beobachten sein wird, ist eine partielle Mondfinsternis in den frühen Morgenstunden des 12. März. Sie beginnt um 3 Uhr 42,0 Min., erreicht ihre Mitte (größte Bedeckung) um 5 Uhr 13,1 Min. und endet um 6 Uhr 44,2 Min. Die Größe der Verfinsternis in Teilen des Monddurchmessers ist gleich 0,916, es bleibt also bei der größten Phase nur ein schmaler glänzender Saum des von der Sonne voll beleuchteten Mondes übrig. Der Mond geht indessen bereits gegen Ende der Finsternis unter. Sichtbar ist das Phänomen in Arabien und Kleinasien, in Europa, Afrika, dem Atlantischen Ozean, Amerika und dem östlichen Teil des Großen Ozeans. Mondfinsternisse beobachtet man ja sehr bequem mit unbewaffnetem Auge; wer aber feinere Einzelheiten erkennen und den rechten Genuß eines solchen Naturereignisses empfinden will, tut gut, sich zeitweise schwacher optischer Hilfsmittel zu bedienen. Ein Opernglas leistet schon vorzügliche Dienste, bessere noch ein gutes, wenn auch nur kleineres Fernrohr auf Stativ. — Die zweite sichtbare Finsternis des Jahres 1914 ereignet sich am 21. August, sie ist eine totale, in unserer Gegend partielle, aber im Hinblick auf die große Bedeckung (etwa 0,8 des Sonnendurchmessers) sehr beachtenswerte Sonnenfinsternis.

Ein Wiesbadener Kanalanschlusskostenstreit beschäftigt jetzt zum drittenmal das Obergericht. Als Revisionskläger stand der Hauseigentümer August Wintermeyer dem hiesigen Magistrat gegenüber. Zweimal hatte der höchste Gerichtshof das den Kläger abweisende Urteil des Wiesbadener Bezirksauswahlschusses aufgehoben

und die Sache an das Gericht zurückverwiesen. Der Antrag des Klägers war auf Freistellung von Kanalanschlusskosten in Höhe von 187 M. gerichtet, die der Magistrat von ihm gefordert hatte. Die Wiesbadener Kanalgebührenordnung, welche die Grundlage für die Heranziehung des Klägers bildet, hat in einer ganzen Reihe von Fällen den Senat beschäftigt. In dem zur Entscheidung stehenden Rechtsstreit hatte der Gerichtshof die Sache zum zweitenmal deshalb an das Wiesbadener Verwaltungsgericht zurückverwiesen, damit es nochmals die Behauptung des Klägers prüfe, daß der Vorbesitzer seines Hauses aus einem früheren Anlaß bereits Anschlusskosten gezahlt habe. In diesem Fall hätte Wintermeyer freigestellt werden müssen. Aber auch jetzt wies der Bezirksauswahlschuss auf Grund einer eingehenden Beweisaufnahme an Hand der weit zurückliegenden Akten die Klage wiederum ab. Er gelangte zu der Überzeugung, daß kein Vorbesitzer des Klägers bereits Beiträge zu den Kosten eines Anschlusses des Grundstücks an den Kanal geleistet habe, weder bei Gelegenheit von Anschlussarbeiten im Jahre 1890 noch bei der Kanalisation im Jahre 1896. Der Kläger legte auch gegen dieses Urteil Revision ein, das Obergericht hat aber verurteilt, daß der Erfolg.

Warmwasser auch für Kleinwohnungen. In dieser Beziehung ist von der Gastehaus neuerdings ein billiger Warmwasserapparat auf den Markt gebracht worden, der, über der Wasserleitung angebracht, nur wenig Platz in Anspruch nimmt. Dieser Warmwasserapparat ist zu dem mäßigen Preis von 85 M. lieferbar und bereitet ein Bad von 120 Liter und 35 Grad Celsius in 15 Minuten für etwa 18 Pf. Der Warmwasserapparat hat einen beweglichen Ausflußarm, so daß man warmes Wasser nach Belieben in eine Wanne oder in ein anderes Gefäß lassen kann. Das von dem Apparat geleistete heiße Wasser ist vollkommen rein, so daß es auch für Küchengezwecke unbedenklich verwendet werden kann. Da heute fast überall Gasboiler im Gebrauch sind, welche jedoch meist ohne Warmwassererhitzer konstruiert sind, so wird ein solcher Warmwasserapparat als Ergänzung sehr willkommen sein. Er liefert das warme Wasser zum halben Preis und über zehnmal so schnell wie ein Gasboiler, erleichtert also die Arbeit der Hausfrau ganz wesentlich.

Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Vor dem hiesigen Amtsgericht wurden Montag sechs Häuser aus der Viebrücher Waldstraßen-Kolonie: Wiesenstraße 3 und 6, Niedstraße 15, 17, 19 und 20, der Zwangsversteigerung ausgesetzt. Das Ergebnis war das folgende: 1. Wiesenstraße 3, Tage 20 180 M. Das Höchstgebot mit 2935,8 M. legte ein: Justizrat Dr. Albert als Vertreter der Landesversicherungsanstalt Hesse-Nassau in Kassel. Die Gesellschaft ist Hypothekengläubigerin mit 2330 M. Hypotheken in Höhe von 22 522,17 M. bleiben bestehen. Die Verteilung des Zuschlags ist vollständig ausgefallen. 2. Wiesenstraße 6, Steuerlage 20 000 M., Ortsgerichtstage 18 908 M. Höchstbietende mit 3007 M. waren die Eheleute Ziegelmüller Wilhelm Sticker und Marie, geb. Erbe, in Viebrüch. Rechte in Höhe von 18 193,87 M. bleiben bestehen. Der Zuschlag wurde gleich im Termin erteilt. 3. Niedstraße 15, Tage der Steuerbehörde 34 000 M., des Ortsgerichts 23 800 M. Höchstbietende: Landesversicherungsanstalt für Hesse-Nassau in Kassel mit 2628,63 M. Bleiben bestehende Rechte 24 167,46 M. Hypothek der Höchstbietenden 5610 M. Die Zuschlagserteilung ist ausgefallen. 4. Niedstraße 17, Tage der Steuerbehörde 33 000 M., des Ortsgerichts 23 800 M. Das Höchstgebot mit 2563,07 M. rührte von der Landesversicherungsanstalt für Hesse-Nassau in Kassel her. Höhe der bestehenden Rechte 23 476,23 M. Die Zuschlagserteilung erfolgte gleich im Termin. 5. und 6. Niedstraße 19 und 20, Tage der Steuerbehörde für das Haus Niedstraße 19 48 500 M., für das Haus Niedstraße 20 46 000 M., Tage des Ortsgerichts 31 640 M. resp. 33 520 M. Die Häuser gelangten zusammen zum Ausgebot. Das höchste Gebot wurde auch hier von der Landesversicherungsanstalt für Hesse-Nassau in Kassel mit 2126,99 M. abgegeben. Bleibende Lasten 18 175,38 M. Die Zuschlagserteilung bleibt ausgefallen.

Grundlose Angst. Am Montagabend wurde ein aus Frankfurt nach Wiesbaden fahrender Güterzug unweit der Station Hirschheim plötzlich zum Stehen gebracht. Eine Dame von hier hatte in der 2. Fahrklasse die Notbremse in Bewegung gesetzt, und zwar — weil ein in demselben Wagen sitzender Ausländer sie gefragt hatte, wann der Zug an der Endstation ankomme. Diese harmlose Frage hatte nicht nur die gute Wiesbadenerin, sondern auch noch andere neben ihr sitzende Damen in helle Aufregung versetzt, die aber als ganz unbegründet sich herausstellte.

Personal-Nachrichten. Der Fürst zu Schwarzburg hat folgenden Mitgliedern des Hoftheaters Auszeichnungen verliehen: Dem Königl. Hofrat Sommerfeld das Ritterschwarzadlerkreuz 2. Klasse, dem Königl. Sänger Weiss, Rittel und dem Königl. Schauspieler Schmal das Ritterschwarzadlerkreuz 3. Klasse.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultus-gemeinde (Synagoge: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Synagoge: Samstag: Donnerstag, den 12. März. Vorabend 6¼ Uhr. Predigt, morgens 7¼ Uhr.

Alt-Isralitische Kultus-gemeinde. Synagoge Friedstraße 33. Vorabend 6¼ Uhr, Donnerstagmorgen 6 und 8¼ Uhr, abends 6¼ Uhr.

Vorbericht über Kunst, Vorträge und Verwandtes. * **Satras.** Der Vortrag „Benämliche Wärderei im Haushalt kann heute Mittwoch wegen Krankheit der Lehrerin nicht stattfinden und muß für die nächste Woche verschoben werden.

Aus dem Vereinsleben.

Vorbericht, Vereinsversammlungen.

* **Der Ortsauswahlschuss Wiesbaden der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte** hält seine ordentliche Jahresversammlung am Donnerstag, 12. März, abends 9 Uhr, im „Wiesbadener Hof“, Rorschstraße 6, 1. Stock, ab. Dabei wird ein Vortrag über das Heilverfahren in der Angestelltenversicherung von Herrn H. Reumert gehalten und werden Mitteilungen aus dem Vorstand der Reichsversicherungsanstalt für 1914 und über den geplanten Bau des Verwaltungsgebäudes der R. V. gemacht. Der Zutritt ist jedermann, auch ohne Einladung gestattet.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

we. Dohheim, 10. März. Von 115 Gefellungs-pflichtigen aus unserer Gemeinde wurden 43 für tauglich befunden und 26 davon der Infanterie, 3 der Garde-Infanterie, 8 der Jäger-Infanterie, 5 der Feldartillerie, einer als Krankenwärter überwiesen.

bw. Schierstein, 9. März. In der heutigen Gemeinde-vertreterversammlung waren von Gemeinderat und Verwaltung 18 Mitglieder anwesend. Zunächst wurde die am 27. und 28. d. M. abgehaltene Polizeiverwaltung, die mit 4402,51 M. einen guten Erlös zeitig anrechnung. Des weiteren lagen verschiedene Punkte betr. der Straßendarmstadt zur Ge-

versteht die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in Kolonialfragen nicht mehr. (Sehr richtig.) Wir werden die Regierung in ihrer Kolonialpolitik unterstützen, die human und gerecht gehandelt werden muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Die heutige Rede des Abg. Schwarz war wesentlich kolonialfreundlicher, als die des Abg. Erzberger. Es ist ganz schön, für den schwarzen Bauernstand, seine Freiheiten und seine Rechte einzutreten, aber wir können in Wahrheit bei den Negern von einem Bauernstande nicht sprechen. Die Erziehung zu geordneter Arbeit ist Kulturarbeit.

Während der Neger früher seine Frau arbeiten ließ und sich selber herumtrieb, ist jetzt aus ihm ein fleißiger Arbeiter geworden.

Nach den Ideen der Sozialdemokraten könnte man annehmen, daß wir Unkultur ins Land gebracht hätten. Sie würden aber anders denken, wenn sie selber einmal in die Kolonien hinausgingen. Bei dem Plantagenwesen ist es ein Unglück, daß die Arbeiter so außerordentlich weite Wanderungen machen müssen, um an ihre Arbeitsstätte zu gelangen. Die Leute sollten möglichst dauernd auf den Plantagen ansässig gemacht werden. Die Sozialdemokraten wollen, daß den Negern Land zum freien Eigentum gewährt werde. Das würden die Eingeborenen aber gar nicht verstehen und würden auch nicht dazu bereit sein, ihre freie Tätigkeit, jeden vierten Tag haben sie Ruhetag, zur Bewanderung ihres Landes zu benutzen. Wenn es geschehen würde, würden die Sozialdemokraten wieder den Vorwurf erheben, man wolle die Arbeiter festhaken, nur um sie besser auszunutzen zu können. Die an der Kongo-Bahn angesiedelten Neger haben sich sehr bald das Arbeiten abgewöhnt und den Grundbesitzer geachtet. Das ist im Grunde genommen auch nicht übel zu nehmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Auch von Ihnen — zu den Sozialdemokraten — haben viele früher ihre Stiefel selber gepußt und jetzt haben Sie Ihre Diener dazu. (Heiterkeit.) Jeder Plantagenbesitzer freut sich, wenn er keine Arbeiter festhaken kann. Aber auch für die Weißen in den Kolonien, die doch mit deutschem Blut erkauft sind, muß man sorgen, nicht bloß immer für die Schwarzen. (Sehr richtig!) Treiben wir Kolonialpolitik, so muß auch für diejenigen gesorgt werden, die die Kultur ins Land gebracht haben. (Sehr richtig!) Die Resolutionen der Kommission schießen zum Teil über das Ziel hinaus.

Die Schlafkrankheit soll zum Stillstand gekommen sein, auch die Malariakrankheit nimmt ab.

Leider herrscht die Syphilis noch sehr. 90 Prozent der Bevölkerung sind krank. Da sollte man Salvarsan viel mehr anwenden. Der Alkoholismus hat sich erfreulicherweise vermindert. In der Forstwirtschaft muß systematisch die Anpflanzung vorgenommen werden, damit dort Werte geschaffen werden, die größer sind als die Diamanten Südafrikas. Wir haben zu der Kolonialverwaltung volles Vertrauen. (Beifall.)

Abg. Raumann (Wpt.): Die Debatte im Reichstag wird in den nächsten Wochen in der Presse noch manche Gegenantwort bekommen. Der Reichstag wird jetzt schon als eine Versammlung wohlmeinender, aber uneingeweihter Männer bezeichnet. Das ist in gewissem Maße zuzugeben. Wir können nicht über jede Angelegenheit lückenlose Spezialkenntnisse haben. Man kann aber nicht von uns erwarten, daß wir nach dem Grundsatz handeln: „Derne zahlen, ohne zu reden.“ (Heiterkeit.) In dem Wunsch der Anwesenden, über die Verhältnisse selber mitzureden, liegt ein berechtigter Kern. Afrika hat eigene Einnahmen, nämlich 17,5 Millionen Mark, der Reichszuschuß beträgt 8,3 Millionen Mark; Kameruns eigene Einnahmen betragen 11,8 Millionen Mark, Reichszuschuß 3,2 Millionen Mark; Südafrikas eigene Einnahmen betragen 23,3 Millionen Mark, Reichszuschuß 13,6 Millionen Mark. Diese Ziffern ergeben die Berechtigung, daß den Ansiedlern ein Selbstbestimmungsrecht gegeben wird. Allerdings tragen auch die Güten- und Kopfsteuern der Schwarzen zu diesen Einnahmen bei. Wenn der Gouvernementsrat Einfluß auf den Etat haben soll, so würde dies besondere Schwierigkeiten bieten wegen der einjährigen Etatsperiode.

Den Kolonien eine Verfassung zu geben, dürfte außerordentlich schwierig sein.

In der Aufzählung der verdienten Männer um die Tanganjika-Bahn hat man den Staatssekretär Dernburg vergessen, ohne den das Bahngesetz von 1908 nicht entstanden wäre und ohne den wir den Tanganjikasee heute noch nicht erreicht hätten. (Sehr richtig!) In den Zeiten der Sklavenjagden und der Hauptlingswirtschaft, als Stanley und Emin Pascha Afrika durchforschten, als das Land noch völlig unentwickelt war, da war die Bevölkerung nicht so bestimmt wie jetzt, auf Grund einer 30jährigen Zivilisationsarbeit. Gewiß muß man den weißen Ansiedlern zugeben, daß sie mit Aufopferung, Treue und Ausdauer gearbeitet haben. Trotz ihrer Tätigkeit ist aber die Negersterblichkeit immer noch gewachsen. Da scheinen doch irgendwelche zivilisatorische Fehler vorzuliegen. Die große Sterblichkeit in den Pflanzungen ist Tatsache, und unsere Resolution verlangt, daß auf diesem Gebiete Klarheit geschaffen wird. Das Trägerproblem ist gefährlich für die Gesundheit, Kultur und Sittlichkeit der Eingeborenen. Jede neue Eisenbahn verlangt neue Arbeitskräfte. Sie macht die Träger nicht so schnell überflüssig, als man es erwartete, das ist erst möglich, wenn das Eisenbahnnetz mehr ausgebaut und das Zubringen zu den Hauptstationen nicht mehr durch Neger zu erfolgen braucht. Der Staatssekretär ist auf Einzelheiten der Resolution mit einer gewissen Bravour abfällig nicht eingegangen. (Heiterkeit.) Es wäre angebracht, wenn er sich darüber noch auslassen würde. In der Beurteilung der Missionen ist ein gewaltiger Umschwung eingetreten. Der Satz ora et labora hat gut gewirkt. Die Missionsschulen leisten Verdienstvolles; die interkonfessionellen Regierungsschulen sind aber trotzdem nicht zu entbehren. Wir stützen die Schutzgebietspolitik, wir sind aber keine Freunde dessen, was vorhanden ist, sondern was wird und kommt. (Beifall.)

Abg. Noke (Soz.): Durch die Reden der Abgeordneten der bürgerlichen Parteien ging ein Zug von Resignation. (Widerpruch.) Die Verwaltung hängt an, umzulernen; das ist auf die scharfe Kritik der Sozialdemokraten zurückzuführen. (Aachen rechts.) Wir wollen die Kolonien nicht preisgeben, das haben wir auch nie gefordert. Der Reichstag darf aber auf sein Kontrollrecht über die Kolonien nicht verzichten. Wenn man den Vorschlägen des Gouverneurs Schnee folgt, wird vor 1923 die Hausflurerei in Ostafrika nicht aufhören. Das schlimmste ist, daß deutsche Behörden dem Sklavenhandel die rechtsgültige Form gaben. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Kolonien stehen in keinem Verhältnis zu den Reichszu-

schüssen, zu denen noch die Verzinsung der Schutzgebietsanleihen usw. hinzukommt.

Vor allen Dingen müssen die Kosten für die Schutztruppen vermindert werden.

Der Staatssekretär unternimmt nichts, um der Prügekkultur in Kamerun und Ostafrika entgegenzutreten. Die Zahl der Großgrundbesitzer nimmt in Südwestafrika immer mehr zu. Die Latifundienwirtschaft blüht dort gewaltig. Insbesondere verziehen es die Missionsanstalten, sich großen Grundbesitz zu sichern. So günstig, wie es hier geschildert worden ist, ist das dortige Klima nicht. Die Tuberkulose breitet sich ebenfalls weiter dort aus. Allen Forderungen auf Wasser- und Stromversorgung Südwestafrikas haben auch die Sozialdemokraten nicht zugestimmt. Bei vielen weißen Ansiedlern herrscht eine Gemütskrankheit sondergleichen. Wir fordern erhöhte Beiträge für die Heranbildung von schwarzen Handwerkern. Den Eingeborenen muß Land wiedergegeben werden. Wichtig ist, daß der Tiefstand der Schwarzen wieder zunimmt.

Prinzipielle Gegner von Eisenbahnbauten sind wir nicht.

Unsere Zustimmung für Bahnbauten hängt von einer Reihe von Vorbedingungen ab, deren Erfüllung garantiert werden muß. Daß der Neger faul ist, trifft nicht zu. Die Schwarzen dürfen nicht mit Gewalt zu den Arbeiten auf den Pflanzungen angehalten werden. Ausreichende Sanitätsmaßnahmen sind besonders beim Bahnbau notwendig. Die zahlreichen Erkrankungen der Schwarzen sind die Folgen der langen Arbeitszeiten. Wir verlangen, daß endlich eine ausreichende Humanität in der Kolonialpolitik Platz greift. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Herr Dr. Baasche hat die Ausführungen des Abgeordneten Schwarz den meinsten gegenübergestellt. Dazu lag kein Grund vor. Ich habe das selbe gesagt wie mein Parteifreund Schwarz, nur etwas deutlicher. (Heiterkeit.) Der Rede des Staatssekretärs können wir zustimmen, wenn er alles hält, was er versprochen hat, und ich hoffe, daß er uns im nächsten Jahre darüber erfreuliche Auskunft gibt.

Die Trennung der katholischen Mission von der evangelischen ist für uns unmöglich.

Das widerspricht dem Prinzip der katholischen Kirche, die eine Weltkirche ist, und steht auch im Widerspruch mit der Kongokarte, die die freie Missionstätigkeit ausdrückt. Und schließlich wäre sie praktisch undurchführbar für ein friedliches Zusammenwirken der Konfessionen.

Damit schließt die Debatte. — Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt und die hierzu vorliegenden Resolutionen der Budgetkommission werden angenommen.

Eine Reihe von Titeln wird nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Abg. Erzberger (Zentr.) wünscht die Herausgabe einer Landkarte, aus der die Gebietsverhältnisse, wie sie sich aus der Kongokarte ergeben, ersichtlich sind.

Staatssekretär Dr. Solf sagt dies zu.

Der Rest des Etats des Kolonialamts wird bewilligt.

Darauf wird vertagt. — Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr:

Etat der Schutzgebiete; Luftverkehrsgesetz. — Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.
§ Berlin, 10. März.

Am Ministertisch: Dr. Sadow.
Präsident Graf v. Schwerin-Köwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Etats zur

Handels- und Gewerbeverwaltung

wird beim Titel „Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für minderbemittelte Bevölkerungskreise“ fortgesetzt.

Abg. Liebmann (natl.): Die zur Förderung der nichtgewerbmäßigen Arbeitsvermittlung ausgeworfenen Mittel sind zwar im neuen Etat um etwas erhöht worden, aber auch die erhöhte Summe von 110 000 M. können wir nicht als ausreichend erachten. Deshalb fordern wir bedeutend erhöhte Mittel für den nächsten Etat.

Abg. Dr. Klesch (Wp.): Die Arbeitsnachweise müssen nicht nur auf die Städte, sondern auch auf das platt Land sich erstrecken. Wir sind für den paritätischen Arbeitsnachweis. Die Regierung hat den Bäderinnungen bezüglich der Beschäftigung von Gesellen Konzessionen gemacht, die mit der Gewerbeordnung im Widerspruch stehen.

Geheimrat Dr. Franke: Nach den Entscheidungen der Gerichte und auch des Reichsgerichts sind die Innungen befugt, ihren Mitgliedern zu verbieten, andere Arbeitsnachweise als die der Innungen zu benutzen.

Abg. Reimer (Soz.): Bei den Arbeitsnachweisen ist die Mitwirkung der Arbeiter unbedingt erforderlich. Die gewerbmäßige Stellenvermittlung sollte verboten werden. Ein guter Arbeitsnachweis ist geeignet, auf die Arbeitslosenversicherung hinzuwirken. Die Arbeitsnachweise müssen Einrichtungen von paritätischer Verwaltung sein.

Darauf wird die Denkschrift über die Tätigkeit der preussischen Arbeitsnachweisverbände durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Abg. Dr. Gröger (Wp.): Ich bitte den Minister, im Interesse der Förderung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens das gewerbliche Seminar an der Universität in Halle auszubauen. Ferner ersuche ich den Minister, eine Denkschrift darüber vorzulegen, was durch die staatliche Subvention auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens erreicht worden ist.

Handelsminister Dr. Sadow: Dem Wunsch des Redners nach einem weiteren Ausbau des gewerblichen Seminars in Halle kann nicht entsprochen werden. Auch kann es nicht meine Aufgabe sein, eine Denkschrift über das Genossenschaftswesen vorzulegen, die zugleich eine Verbeschriftung sein soll und in den Streit der Meinungen eingreift, welche Richtung bevorzugt werden soll.

Das Kapitel

„Porzellan-Manufaktur“

wird nach kurzer Debatte bewilligt.

Der Rest des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die Beratung zum

Etat für Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Bei den Einnahmen erklärt Abg. v. Haffel (kons.): Seit dem vorigen Jahr beobachten wir ein Abflauen der Konjunktur, das sich auf dem Kohlenmarkt bemerkbar macht. Ich

hoffe, daß das Kohlenyndikat wieder zustande kommt, und daß die Regierung daran beteiligt ist. Ferner wünschen wir, daß der Minister dem Stilllegen der Zechen in Westfalen entgegentritt, wodurch die eingesehene Bevölkerung geschützt wird. Was die Novelle zum Kaligesez betrifft, so scheint es uns nicht richtig, für das Reich Abgaben zu erheben als Entgelt dafür, daß ein weiteres Niederbringen von Schichten verhindert wird. Die Rentabilität der Bergwerke und die Überlastung darüber ist ein besserer Grund, seitdem man ein kaufmännisches Verfahren eingeführt hat. Möge es weiter bergaufwärts gehen! (Beifall rechts.)

Abg. Bruns (Zentr.): Der vorliegende Etat zeigt ein ziemlich günstiges Bild. Die letzten Verhandlungen über das Wiedergestandekommen des Kohlenyndikats sind resultatlos verlaufen. Man kann nur wünschen, daß es erneuert werden wird. Wenn das nicht geschehen würde, so wären trübe Folgen für die Bevölkerung des Ruhrreviers und für die ganze Volkswirtschaft unausbleiblich. Der preussische Fiskus muß sich nach Kräften für das Zustandekommen des Syndikats einsetzen. Mit Rücksicht auf das neue Kaligesez sollen einige Gesellschaften neue Schachtanlagen in Angriff genommen haben, um sich gegen das neue Gesez zu sichern. Man sollte den Manipulationen allzu spekulativer Unternehmer entgegen.

Wir bitten den Minister, der Stilllegung der Zechen entgegenzutreten.

Die Kohlenhändler an der Saar beklagen sich darüber, daß die dortige Bergwerksverwaltung für den Verkauf der Kohlen weit härtere Bedingungen stellt als die Privatgruben. Den kleinen Abnehmern von Kohlen an der Saar und in Ober-Schlesien sollte von der Bergverwaltung mehr Entgegenkommen als bisher gezeigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Althoff (natl.): Das Jahr 1913 zeigt zwar ein befriedigendes Ergebnis, es wird aber wahrscheinlich nicht so glänzend sein wie das Jahr 1912. Wir freuen uns, daß wir die Ausfuhrtarife wieder haben, die besonders dem Saarrevier zugute kommen. Man sollte eine derartige Tarifierung von gründlichen, sachlichen Erwägungen und nicht von Stimmungslagen abhängig machen. Was das neue Kaligesez betrifft, so soll von der Kaliproduktion eine Abgabe an das Reich geleistet werden.

Wir müssen aber mit aller Energie gegen einen Grundhaft Vornahme einlegen, wonach eine Industrie für den Staat, den ihr das Reich gewährt, eine Gegenleistung an das Reich abführen soll.

Wir müssen damit rechnen, daß die guten Ergebnisse der Jahre 1912 und 1913 jetzt ein Ende haben. Es ist über das Stilllegen der Zechen gesagt worden. Gruben, die nicht rentabel sind, können aber nicht weiter im Betrieb gehalten werden. Auch wir hoffen auf das Zustandekommen des Kohlenyndikats. Der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, wo man den Syndikaten mit gesetzlichen Maßnahmen kommen kann. Ich empfehle die Angelegenheit dem Wohlwollen des Ministers.

Abg. Gantert (Wp.): Die Kohlenpreise haben eine außerordentliche Höhe erreicht. Unser Kohlenreichtum ist groß. Ich halte es aber nicht für richtig, daß die Kohlen dem Ausland billiger als dem Inland geliefert werden.

Wir sind keine Gegner der Syndikate, sondern bekämpfen nur ihre Auswüchse.

Wir sind aber Gegner eines Syndikats, das eine Monopolstellung zu erringen versucht, und wenn es sich um ein Monopol handelt, so würden wir ein Staatsmonopol einem Privatmonopol vorziehen. Wir erwarten, daß der Staat sich einen maßgebenden Einfluß im Kohlenyndikat sichert.

Oberbergshauptmann v. Kellen: Nach den Erfahrungen, die wir mit einer früheren Vorlage, betreffend Stilllegung von Zechen, gemacht haben, kann ich einen etwaigen Gesetzentwurf nicht in Aussicht stellen. Über die Abgaben von Kaliverken an das Reich kann ich mich nicht äußern. Die Salinen beschweren sich über die Konkurrenz der Kaliverke. Mit gesetzlichen Maßnahmen können wir in dieser Richtung nichts erreichen. (Die Ausführungen des Redners bleiben im übrigen unverständlich.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. — Schluß 4¼ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Die Reise des Prinzen Heinrich nach Südamerika.

wb. Berlin, 10. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der neueste Dampfer der Hamburg-Südamerika-Linie „Kap Trafalgar“ tritt heute seine erste Reise nach Südamerika an. Unter den Fahrgästen bei dieser ersten Fahrt befinden sich Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen. Die Frau Prinzessin ist erholungsbedürftig und kehrt sich nach der Ruhe einer längeren Seefahrt. Einen antiken Charakter trägt die Reise nicht. Bei der Kürze der Zeit — soll doch die Rückfahrt von Buenos Aires schon am 9. April auf demselben Schiffe erfolgen — war ursprünglich nur ein kurzer Besuch Rio und ein etwas längerer Aufenthalt in Argentinien vorgesehen. Neueren Nachrichten zufolge ist indessen auf Einladung der argentinischen Regierung auch ein kurzer Ausflug nach Santiago geplant. Das Gefolge der prinziplichen Herrschaften wird nur aus wenigen Personen bestehen.

Die Beisetzung des Fürstbischöfs Dr. v. Kopp.

wb. Breslau, 10. März. Aus Anlaß der heute vormittag erfolgten feierlichen Beisetzung der sterblichen Überreste des Fürstbischöfs Kardinal Dr. v. Kopp strömte bereits in den frühen Morgenstunden eine große Menschenmenge nach der Dominsel. Die Absperrungen wurden streng durchgeführt und nur Inhaber von Karten wurden in den Dom eingelassen. Trotzdem schwoll der Menschenstrom immer mehr an und ließ sich durch die trübe Witterung und die mehrfachen Regenschauer nicht abhalten. Wagen und Automobile rollten in ununterbrochener Reihe heran. Zahlreiche Geistliche, Vertreter der Behörden und sonstige Ständespersonen, zahlreiche Abordnungen der Vereine und Studenten-Korporationen mit ihren Bannern brachten etwas Farbe in das düstere Bild des Trauerzuges. Es war schon fast 10 Uhr herangekommen, als Bewegung in die Massen kam. Punkt 10 Uhr wurde unter dem feierlichen Geläute der Dom- sowie der anderen Kirchen-Glocken der Sarg, getragen von Geistlichen, unter großem kirchlichem Gepränge von dem Fürstbischöflichen Palais nach dem Dom übergeführt. Unter feierlichem Schweigen ließ die Menge entblößten Hauptes die Leiche passieren.

Der Zentrumsabgeordnete Hebel wiederhergestellt.
wb. Berlin, 10. März. Der vor einigen Wochen bei einem Automobilunfall schwer verletzte Reichstagsabgeordnete Hebel ist heute aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Die Kalligrafie.
Berlin, 10. März. (Fig. Drahtbericht) Die Korrespondenz meldet: Die Kalligrafie wird dem Reichstag voraussichtlich vor den Sommerferien nicht mehr zugehen. Die Kalligrafie ist seit Wochen im Reichsamt des Innern fertiggestellt. Erst kürzlich hatten mit Vertretern der Kalligrafie über die Gestaltung der Kalligrafie noch Verhandlungen stattgefunden. Es hat den Anschein, als ob das Reichsamt des Innern auf Grund dieser Verhandlungen dahin neigt, die Kalligrafie vorläufig dem Bundesrat noch nicht zugehen zu lassen, da Anzeichen dafür vorhanden sind, daß im Bundesrat an diesem Zeitpunkt die Kalligrafie nicht ohne Schwierigkeiten verabschiedet werden könnte. Wie es heißt, soll auch der preussische Handelsminister verschiedene Ausstellungen gegen die Fassung der Kalligrafie erhoben haben.

Ärzte und Krankentassen.
Berlin, 10. März. (Fig. Drahtbericht) Zu den für morgen nachmittag im Reichsamt des Innern stattfindenden neuen Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankentassen liegt bereits eine Vorlage des Reichsamts des Innern als Beratungsgegenstand vor, die zum Gegenstand die Errichtung eines Zentralabfindungsamtes zur Abfertigung der „arbeitswilligen“ Ärzte (Krankentassen) hat. Auch der Vorschlag der Regierung geht dahin, daß jeder der streitenden Teile die Hälfte der erforderlichen Summe trage und daß die Verwaltung des Fonds einer Kommission übertragen wird, die morgen gebildet werden soll. Die Abfindungssumme der während des Arztstreiks aufgenommenen Ärzte soll etwa zwei Millionen Mark betragen.

Der Zuschlag zur Reichsversicherungssteuer in Württemberg.
wb. Stuttgart, 10. März. Die Zweite Kammer hat heute einen Bescheidurteil, betreffend den Zuschlag zur Reichsversicherungssteuer, in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Der Sabernprozeß verlagert.
Straßburg, 10. März. (Fig. Drahtbericht) Der Zivilprozeß, der heute in Sabern wegen der Forderung mehrerer vom Militär festgehaltenen Personen auf Schadenersatz gegen den Fiskus verhandelt werden sollte, ist auf Verlangen des Fiskus verlagert worden.

Tod eines früheren Parlamentariers.
wb. Sagan, 10. März. Der frühere Reichstagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete Landrat Reineke ist heute morgen im Alter von 84 Jahren verstorben. Er vertrat von 1874 bis 1883 den Wahlkreis Sagan-Sprottau im Reichstag und gehörte von 1893 bis zur verflochtenen Legislaturperiode dem Abgeordnetenhaus an.

Die Demission des italienischen Kabinetts.
wb. Rom, 10. März. Heute vormittag fand ein dreiviertelstündiger Ministerrat statt, der entschied, daß das Kabinett in Anbetracht der parlamentarischen Lage demissioniere. Der Ministerpräsident Giolitti begab sich um 11 Uhr nach dem Quirinal, um dem König die Demission des Kabinetts zu unterbreiten.

Der Proteststreik in Rom beendet.
wb. Rom, 10. März. Die leitende Kommission der Arbeitskammer beschloß, nach den Erklärungen des Unterstaatssekretärs des Innern in der Hospitalkasse, die Arbeit mit tags 12 Uhr wieder aufzunehmen.

Das Wahlergebnis in Bulgarien.
wb. Sofia, 10. März. Nach dem annähernd endgültigen Wahlergebnis erhielten die Anhänger der Regierung 126, der Bauernbund 51, die Demokraten 26, die Reformsozialisten und die doktrinen Sozialisten je 9, die Anhänger des Schadows 7, die Anhänger Danows 3 und die Radikalen 5 Sitze. Ein noch ausstehendes Ergebnis in den hauptstädtischen Wahlkreisen, welches der Opposition günstig sein wird, verändert das Gesamtergebnis noch etwas.

Zurückziehung der russischen und der deutschen Truppen aus China.
Petersburg, 10. März. (Fig. Drahtbericht) Dem „Miesch“ zufolge sind Rußland und Deutschland übereingekommen, ihre Truppen aus China zurückzuziehen. Deutschland aus Hankau und Rußland aus Tschili. Die übrigen Mächte warten noch mit dem gleichen Entschlusse, bis die verworrene Lage Chinas sich geklärt hat.

Der Montreuprozess der Hamburg-Südamerika-Linie.
Hamburg, 10. März. (Fig. Drahtbericht) Die Untersuchung in dem Montreuprozess wegen der Riesenunterschlagungen bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist nach sechsmonatiger Dauer jetzt nahezu beendet. Die Anlagen richten sich gegen mehr als 300 Angestellte der Reederei, Kapitäne, Offiziere, Maschinisten u. a. Die Gerichtsverhandlung beginnt voraussichtlich nicht vor Pfingsten. Die Verurteilungen, die teilweise über 15 Jahre zurückreichen, sollen insgesamt 8 Millionen Mark betragen.

Fünf Menschen verbrannt.
** Dresden, 10. März. Heute früh gegen 3 Uhr brach in der Zigarettenfabrik der Gebrüder Beigandt in Bautzen ein Feuer aus. Das Gebäude wurde vollständig eingeschert. Unter den Trümmern wurden fünf verbrannte Leichen gefunden. Ein Schornsteinfeger wird vermisst. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Fliegerunfall.
* Fosen, 10. März. Bei einem Fluge von Fosen nach Avisa in Fosen stürzten zwei Offiziere bei Stöten eine Rollendung vornehmen und gerieten dabei in einen Sumpf. Nur mit Mühe konnten sie gerettet werden.

Zum Brande des Athletik-Gebäudes in St. Louis.
* New York, 10. März. Die Zahl der Todesopfer der Brandkatastrophe in St. Louis scheint dreifach zu steigen. Nachmittags wurde jede Hoffnung aufgegeben, noch Lebende unter den Trümmern zu finden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt. Das Gerücht, Einbrecher hätten einen Raubversuch in die im Hause befindliche Bank unternommen und dabei Dynamit angewendet, wodurch der Brand ausgebrochen sei, hat sich nicht bestätigt. Der Materialschaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt.

wb. Petersburg, 10. März. Der Polizeivorsteher Schabajew wurde auf der Polizeiwache von dem Revier-

aufseher Ivanow infolge dienstlicher Zwistigkeiten erschossen. Der Mörder wurde verhaftet, vergiftete sich später aber im Gefängnis.

Briefkasten.

Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblatts beantwortet nur schriftliche Anfragen im Briefkasten, und zwar ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit der Fragesteller.

Frau A. über Aufstiegsstufen gibt das Spangenbergische Konserbatorium, Wilhelmstraße 12, Auskunft.

L. S. 100. Wir empfehlen Ihnen, sich an die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in Berlin W. 85, Am Karlsbad 10, zu wenden, die gerne jede gewünschte Auskunft schriftlich und mündlich erteilt.

Kunstgewerbe. Darüber gibt das Bureau des Gewerbevereins in der Gewerbestadt gerne sachgemäße Auskunft.

L. S. 101. In der Universitätsklinik zu Marburg.

22 = Reklamen. = 22

Odol
Bestes Mundwasser der Welt

Preis: 1/2 Flasche 85 Pf., 1/4 Flasche (Monatlich ausreichend) M. 1.50.

Wer Odol konsequent täglich anwendet, ist nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.

Kufek
-Kinder-nahrung
-Kranken-kost.

Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörungen.

Nerven
Für erholungsbedürftige und leichtere Kranken. Sommer und Winter besucht. Kuranstalt Hofheim i. T. 12 Stunden von Frankfurt a. M.

Prospekte durch Dr. Schulze-Kahlwies, Nervenarzt.

Der heutigen Gesamtausgabe liegt ein Zehnprozent der **Dr. Schmetzsch & Seidel**, S. 11, bei.

Handelsteil.

Kolonialunternehmungen und -Werte.

Über Kolonialunternehmungen und Kolonialwerte äußert sich die Kolonialbank A.-G., die (wie bereits mitgeteilt) für das Jahr 1913 wieder 10 Proz. Dividende ausschüttet, in dem uns zugehenden Geschäftsbericht folgendermaßen: Der Kreis derer, die ein Interesse an unseren Kolonien nehmen, breitet sich immer mehr aus und dementsprechend ist auch unsere Kundenzahl im abgelaufenen Geschäftsjahr gestiegen; auch unsere Umsätze haben sich wesentlich gehoben. Für die Werte gutgeleiteter, dividendenzahlender, kolonialer Unternehmungen sind jetzt immer Käufer vorhanden, wogegen es noch sehr schwer bleibt, selbst für gut vorbereitete seriöse Neugründungen die nötigen Gelder zu finden in Nachwirkung der bereits früher besprochenen unsoliden Gründungsvorgänge. Die vom Kolonialamt in Aussicht genommene Zentralstelle für die Bekämpfung der Mißstände im kolonialen Gründungswesen wird hoffentlich hierin Wandel schaffen. Unser Institut, das sich von dem Handel in zweifelhaften Werten stets fern gehalten hat, wird diese Bestrebungen in jeder Weise unterstützen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonien wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die eigenen Einnahmen derselben in den letzten Jahren von 12 Millionen Mark auf 8 Millionen Mark gestiegen sind. Die zu Lasten der Kolonien ausgegebenen Anleihen für Eisenbahnbauten erfordern eine Verzinsung von jährlich zirka 12 Millionen Mark, die von den Kolonien selbst aufgebracht werden; darüber hinaus hat man noch einen Ausgleichsfonds von zirka 10 Millionen Mark angesammelt. Ein weiteres sicheres Zeichen der steigenden wirtschaftlichen Entwicklung unserer Schutzgebiete sind die Außenhandelsziffern; sie haben im Jahre 1912 die städtische Erhöhung um 88 Millionen Mark auf 468 Millionen Mark erfahren, und das Jahr 1913 wird eine weitere Steigerung aufweisen.

Diesen Aufschwung verdanken wir in erster Linie der großzügigen Entwicklung des Verkehrswesens. Von 4476 Kilometern Gesamtlänge der Eisenbahnlinien in den deutschen Schutzgebieten sind 4176 Kilometer Ende 1913 in Betrieb gewesen. Das große Werk einer Schienenverbindung des Stillen Ozeans mit dem Tanganyika-See ist vollendet und die demnächst zu erwartende Inbetriebsetzung der gesamten Strecke eröffnet für Deutsch-Ostafrika neue Möglichkeiten durch die Erschließung des Hinterlandes des Tanganyika-Sees sowie eines Teiles des belgischen Kongos. Von neuen Eisenbahnlinien seien erwähnt die Urundi-Bahn, eine Zweiglinie der Tanganyika-Bahn, ausgehend von Tabora zum Kagera-Knie, ferner die Amboland-Bahn, die als Zweiglinie der Olavi-Bahn in den Norden von Deutsch-Südwestafrika führen soll; auch für Kamerun wird eine wesentliche Erweiterung des so notwendigen Eisenbahnnetzes geplant.

Ungünstig liegen zurzeit leider die Verhältnisse in den Kautschuk produzierenden Distrikten Ostafrikas und Südamerikas, da der heutige Kautschukpreis bei vielen Unternehmungen nicht einmal mehr die Selbstkosten deckt. Die Folge davon ist, daß bei allen ausschließlich Kautschuk bauenden oder handelnden Gesellschaften die Ergebnisse des letzten Jahres weit hinter den früheren Jahren zurückbleiben. In anderen Kulturen zeigt sich aber im Gegensatz hierzu eine sehr befriedigende Entwicklung; hier sind in erster Reihe

Sisalharf und Kakao zu nennen, deren Produktion im letzten Jahre eine weitere Steigerung erfahren hat, die zu sehr rentablen Preisen vom Weltmarkt aufgenommen worden ist. Auch die Kopro-Unternehmungen blicken auf ein sehr befriedigendes Jahr zurück. Die Preise waren dank der steigenden Verwendung dieses Produktes andauernd sehr gut und ließen den Plantagengesellschaften einen reichen Gewinn. Die Neuguinea-Compagnie, das größte Plantagenunternehmen der Welt, wird hiervon den erheblichsten Vorteil haben und tritt jetzt in die Reihe der dividendenzahlenden Gesellschaften.

Die Südwestafrikanische Bodenkredit-Gesellschaft hat ihre Beleihungstätigkeit im letzten Jahre begannen und drei Filialen in Swakopmund, Windhoek und Lüderitzbucht errichtet. Für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse ist durch das Reichskolonialamt die Landwirtschaftsbank für Deutsch-Südwestafrika ins Leben gerufen worden; man erwartet von ihr eine starke Anregung für das ganze wirtschaftliche Leben in Südwestafrika.

Die südwestafrikanische Diamantenindustrie hat im Jahre 1913 eine Rekordförderung gehabt und hohe Preise erzielt; auch hat sich die Lage der kleineren Gesellschaften durch die Einführung der Nettobesteuerung im letzten Jahre verbessert. Der Rückgang der Wirtschaftsverhältnisse in Europa und Amerika hat jedoch zur Folge gehabt, daß die Regierung gegen Ende des Jahres 1913 eine Zwangskontingentierung anordnete, die für das Jahr 1914 eine erhebliche Herabsetzung der Produktion, speziell der größeren Gesellschaften, bringen wird. Es ist jedoch zu hoffen, daß die inzwischen eingetretene allgemeine Besserung der Wirtschaftslage auch eine Belebung des Diamantenmarktes bringen wird und daß dann die Einschränkungen gemildert werden können.

Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 10. März. (Per Ultima.)

Kreditaktien	182	Kanada	211 1/2	Rhein. Stahlw.	161 1/2
Hand.-Gesell.	112 1/2	Orientbank	202	Rombacher	163 1/2
Commerzbank	112 1/2	Meridional	105 1/2	Pakettahrt	141 1/2
Darmstadt. Bank	123 1/2	Pennsylvania	100	Hamburg-Süd.	181 1/2
Deutsche Bank	258 1/2	Hendri	60 1/2	Hann.-Dampsch.	288 1/2
Dresdner Bank	197 1/2	Russen (1903)	60 1/2	Lloyd	123 1/2
Frankfurter Bank	155 1/2	Türkenlose	167	Dynamit-Trust	173 1/2
Nationalbank	117 1/2	Aussetz-Friede	166	Naphtha-Nebel	398
Schaffhausen	105 1/2	Bochumer	223 1/2	Alk. Elektricität	246 1/2
Pat. Lit. Hdbk.	207 1/2	Luxemburger	139	D. Uebersee El.	175 1/2
Lbb. Büchener	189 1/2	Gelsenkirchen	193 1/2	Siemens	217 1/2
Schantungbahn	139	Harpener	184 1/2	Schuckert	149 1/2
Lombarden	21 1/2	Hohenleukow	121 1/2	Gas. l. elektr.	170 1/2
Anstalt	89	Laurahütte	158 1/2	Unterw.	170 1/2
Baltimore	89	Phönix	239 1/2	South-Westfr.	117 1/2

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 10. März. Kurse von 1 1/4 bis 2 1/2 Uhr.

Kreditaktien 206 — a 206 1/2. Disconto - Commandit 197 1/2.

Dresdner Bank 158 1/2. Petersb. Int. Handelsbank 208 1/2.

Staatsbahn 155 1/2 a 1/4. Lombarden 22 —. Baltimore und Ohio 88 1/2 a 89 —. Pakettahrt —. Nordl. Lloyd 124 1/2. Deutsch-Luxemburger 140 1/2. Gelsenkirchener 153 1/2. Harpener 194 1/2. Phönix 240 —. Edison 246 —.

Industrie und Handel.

* Die Rheinischen Linoleumwerke Bedburg, A.-G., wollen ihr zurzeit 3 184 000 M. betragendes Aktienkapital bis auf 4 Mill. M. erhöhen.

* Ein neuer europäischer Schiffsfahrtsdienst nach Canada. Wie aus Antwerpen berichtet wird, wird die dortige Reederei Steinmann mit Beginn der neuen Saison einen regelmäßigen Dienst Antwerpen-Montreal einrichten.

* Die „Adler“ Deutsche Portlandzementfabrik, A.-G. in Berlin, verteilt für 1913 eine Dividende von 6 Proz. (wie i. V.).

* Däner Metallwerke, A.-G. Das zum Konzern der Deutschen Waffen- und Munitionsgesellschaft gehörige Unternehmen schlägt wieder 12 Proz. Dividende vor.

* Däner Metallwerke. Der Aufsichtsrat schlägt für das Geschäftsjahr 1913 wieder 12 Proz. Dividende vor.

* Der Düxer Kohlenverein schlägt 16 (i. V. 15) Proz. Dividende vor.

Schiffs-Nachrichten.

Abfahrt der Dampfer aus den europäischen Häfen vom 15. bis 30. März.

Dampfer	Abfahrt von	Bestimm.-Ort	Gesellschaft
Ed. Weymann	Hamburg	15. März	Westk. Afr.
Kronprinz Wilh.	Bremen	17.	New York
Lome	Hamburg	17.	Westk. Afr.
Cap Vilano	Hamburg	17.	La Plata
Carmania	Liverpool	17.	Queensdown
Pisa	Hamburg	17.	Boston
Santos	Hamburg	18.	M. Brasilien
Lützow	Bremen	18.	Ostasien
Olympic	Southampton	18.	New York
Sierra Nevada	Bremen	18.	Argentinien
Main	Bremen	19.	Philadelpia
Djemnah	Marseille	19.	Indien
Ortega	Liverpool	19.	Südamerika
Gundrun	Hamburg	19.	Lüderitzb.
Luftberg	Hamburg	19.	Westk. Afr.
Buenos Aires	Hamburg	19.	La Plata
Pilgr. Blüow	Hamburg	20.	Ostasien
Karnak	Marseille	20.	Beyruth
Araya	Southampton	20.	Südamerika
Morea	London	21.	Colombo
Novara	London	21.	Colombo
Seydlitz	Bremen	21.	New York
Vaderland	Antwerpen	21.	New York
Noordam	Rotterdam	21.	New York
Lusitania	Liverpool	21.	Queensdown
President Lincoln	Hamburg	21.	Queensdown
Erna Weymann	Hamburg	22.	Lüderitzb.
Cordillere	Marseille	22.	China
Kaiser Wilhelm II.	Bremen	23.	New York
Moltke	Hamburg	23.	New York
Gymnast	Liverpool	23.	Boston
Prof. Weymann	Hamburg	24.	Westk. Afr.
Anna Weymann	Hamburg	24.	Westk. Afr.
Cap Finisterre	Hamburg	24.	La Plata
Köln	Bremen	25.	Boston
Cap Roca	Hamburg	25.	M. Brasilien
Orca	Southampton	25.	New York
Zelandia	Amsterdam	25.	Argentinien
St. Paul	Southampton	25.	New York
Trent	Southampton	25.	New York
Kais. Aug. Victoria	Hamburg	25.	New York
Baltic	Liverpool	25.	New York
Chemnitz	Bremen	25.	Haltimere
Ryndam	Bremen	25.	Canada
Andos	Southampton	25.	Südamerika
Caledonia	London	27.	Bombay
Prinz Adalbert	Hamburg	28.	New York
Luis Rohlen	Hamburg	28.	Westk. Afr.
Simla	London	28.	Kalkutta
Lusitania	Liverpool	28.	Queensdown
Gr. Washington	Hamburg	28.	New York
Kronland	Antwerpen	28.	New York
Palomares	Rotterdam	28.	Batavia
Königin Emma	Amsterdam	28.	Batavia
Bulgaria	Hamburg	29.	Batavia
Hans Weymann	Hamburg	29.	Westk. Afr.

Die Morgen-Ausgabe umfasst 14 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Geschäftsbureau: H. Jägermann

Geschäftsbureau: H. Jägermann

Beauftragte für den politischen Teil: H. Jägermann; für den literarischen Teil: H. Jägermann; für den sportlichen Teil: H. Jägermann; für den wissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den künstlerischen Teil: H. Jägermann; für den technischen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann; für den physikalischen Teil: H. Jägermann; für den chemischen Teil: H. Jägermann; für den biologischen Teil: H. Jägermann; für den anthropologischen Teil: H. Jägermann; für den psychologischen Teil: H. Jägermann; für den pädagogischen Teil: H. Jägermann; für den erzieherischen Teil: H. Jägermann; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägermann; für den medizinischen Teil: H. Jägermann; für den juristischen Teil: H. Jägermann; für den historischen Teil: H. Jägermann; für den geographischen Teil: H. Jägermann; für den ethnologischen Teil: H. Jägermann; für den zoologischen Teil: H. Jägermann; für den botanischen Teil: H. Jägermann; für den mineralogischen Teil: H. Jägermann; für den geologischen Teil: H. Jägermann; für den astronomischen Teil: H. Jägermann; für den meteorologischen Teil: H. Jägermann;

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Vom 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. — Beleg-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zeitungs-Vertriebsanstalt, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die hiesigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Zeitungs-Vertriebsanstalten.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pf. in diesen abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Werbeflächen; 2 Pf. für auswärtige Werbeflächen. Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchlaufend, nach beiderseitiger Vereinbarung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Mittwoch, 11. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 118. • 62. Jahrgang.

Giolittis Erbe.

Giovanni Giolitti, der „Zauberer von Montecitorio“, zieht sich als Siebzigerjähriger zum dritten Male von den Geschäften zurück. Gewiss kann er auch bei diesem Rücktritt die Überzeugung mit sich nehmen, daß er sich mit seiner Lösung auch der schwierigsten politischen Aufgaben den Dank der Nation verdient hat. Er war immer der Ministerpräsident der letzten Hände und liebte keine starken Mittel. Dinge, die reifen wollten, ließ er reifen, rückte hinter den Kulissen das, was er für die nächste Zukunft brauchte, gewissenhaft vorher zurecht und hatte den unschätzbaren Instinkt, im rechten Augenblick sich selbst an die Spitze der Entwicklungen der anderen zu setzen. Hier ist auch das Geheimnis seines aus Wunderbare grenzenden Einflusses auf die Parteien der Kammer zu suchen. Als die Sozialisten angingen, ihm fürchtend zu werden, bot er ihnen Vertretung im Kabinett an und löste dadurch soviel Zank und Hader in die Partei, daß sie durch Zwietracht und Spaltung geschwächt wurde. Als er entdeckte, mit welcher Opferfreudigkeit sich Bauern und Arbeiter in Tripolis für das „größere Italien“ schlugen, als er den gewaltigen Wert der Imperialisierung der unteren Klassen erkannte, trat er, eine unerhörte Kühnheit, mit dem Wahlrecht der Analphabeten vor die Kammer, nahm den Gegnern den Wind aus den Segeln und ging mit 377 Ministerialen in der neuen Kammer glatt durchs Ziel. Freilich, aus diesem neuen Parlament heraus erwachten ihm auch jene Schwierigkeiten, denen er sich jetzt nicht mehr gewachsen fühlte. Während der Tripolistage versprach er, daß über den gewaltigen pekuniären Opfern des Krieges die drängenden inneren Reformen nicht vergessen werden sollen. Aber die derzeitige Schlußabrechnung für Libyen hat sich demnach hochgestellt, daß Giolitti in die größte Verlegenheit käme, wenn ihn jetzt die Parlamentsgruppen, die ihn beschaden und Sturm gegen ihn blasen, an jene Versprechungen erinnern wollten. Ein anderer als Giolitti wird den Ansturm bestehen müssen.

Welche politische Riesenarbeit der Nachfolger Giolittis, der nach der unten wiedergegebenen Drahtnachricht jedenfalls Sonnino sein wird, in Angriff nehmen muß, davon hat der scheidende Ministerpräsident wiederholt ein klares Bild entworfen. Giolitti kann zwar den Schwarzsehern beweisen, wie gut Italien die Opfer und Bräutungen seines letzten Krieges überstanden hat, er weiß aber selbst nur zu genau, daß neben diesem hellfrohen Bewußtsein auch tiefe Schatten stehen. Der innere Ausbau des italienischen Staatswesens läßt mehr als manches zu wünschen übrig. Die Übung des Volksschulunterrichts muß mit größter Energie betrieben werden, um nicht wieder einzuklagen. Die „Schande des Analphabetentums“, wie Giolitti sich nicht scheute, zu bekennen, darf nicht einfach verdeckt und vertuscht, sondern muß an der Wurzel gepackt und beseitigt werden. Italiens Ansehen leidet in der ganzen Welt, solange es diese Schande mit einem anderen großen Staate Europas gemeinsam hat.

Ein zweiter Reformpunkt ist die Verbesserung des italienischen Verkehrswezens. Wie es jetzt immer noch damit bestellt ist, wissen am besten die reisenden Deutschen, die zu Hunderttausenden jährlich Italien besuchen und die vergleichen können.

Der dritte und wichtigste Reformpunkt ist die süditalienische Frage. So reich Italien dem Gaste erscheint, der sonstigen oben im Salon empfangen wird, so arm stellt es sich demjenigen dar, der einmal unten in Küche und Keller nachschaut. Dem Lande fehlt es an Erz und Kohlen, den Hauptnahrungsquellen einer modernen Industrialisation, und die ländlichen Zustände sind nicht im mindesten so geordnet, um alle Kinder des Staates zu beschäftigen und zu ernähren. Man weiß ja, wieviele italienische Staatsangehörige mit ihrer Hände Kraft im Ausland ihr Brot suchen müssen, wieviele Dörfer durch Auswanderung ausgestorben sind. Von den Weggezogenen kommen freilich viele wieder, aber doch erst, nachdem sie ihre besten Arbeitsjahre der Kultur eines fremden Landes gewidmet haben. Auch etwas Geld bringen sie meistens heim, aber nur gerade soviel, um ein bescheidenes Faulenzertleben zu führen, und was sie sonst noch mitbringen, ist meistens sehr schlimm: Malaria, Tuberkulose usw. Man sehe sich doch nur einmal Süditalien abseits vom Hauptverkehrsströme an! Auf dem Tafellande Siziliens, der einstigen Kornkammer Italiens, dürftige Schafweiden! Die Höhen des Apenninengebirges fahl und sonnenerglütet. Die Wohnungen der Bevölkerung mehr als erbärmlich. Schon die Hintergassen Neapels oder Palermo überflutet durch Schmutz, Armut, Enge. Und in den Dörfern glaubt man manchmal nicht mehr die Ansiedlungen eines zivilisierten europäischen Staates zu sehen.

Das zu ändern, geht über die Kraft eines abgearbeiteten Ministers. Aber es muß jetzt damit begonnen werden. Kürzlich erschien in Rom ein fünfzehnbändiges Werk, das die neue Epoche einleiten soll. Es enthält den Bericht der Enquetekommission über die Verhältnisse der Landarbeiter des südlichen Italiens. Schon um 1880 herum hatte eine solche Enquete stattgefunden, und es wurde damals nach den Plänen des preussischen Majors Donat und nach der Theorie Robert Kochs viel gegen die Malaria gegen die Sümpfe, gegen die Kahlheit der Berghöhen getan. Die neue Enquete verlangt weit mehr, nämlich ausdauernde Kulturarbeit an den Menschen, die das innere Italien nach Giolittis großen Außenerfolgen vorwärts bringen soll.

Die Vertagung der Kammer.

Wb. Rom, 10. März. In der heutigen Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Giolitti bekannt, das Kabinett habe in Anbetracht der parlamentarischen Lage das Rücktrittsgesuch in die Hände des Königs gelegt, der für seinen Beschluß vorbehalten habe. Indessen seien die Minister im Amte geblieben zur Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte. Auf Ersuchen Giolittis vertagte sich darauf die Kammer auf unbestimmte Zeit. Eine entsprechende Mitteilung machte Ministerpräsident Giolitti auch im Senate.

Sonninos Kandidatur.

Wb. Rom, 10. März. Die „Tribuna“ meldet: Ministerpräsident Giolitti bezeichnete dem König Sonnino als den für seinen Nachfolger geeigneten Mann.

Politische Übersicht.

Die „Rote Woche“.

Der „Rote Woche“ haben manche Gegner der Sozialdemokratie mehr Bedeutung beigemessen als diese selbst. Ihre Veranstaltung war auf Drängen der mit den geringen Erfolgen, namentlich mit den parlamentarischen, Unzufriedenen erfolgt, und die Parteileitung verhehlte sich nicht, daß weitere Verbindungsmöglichkeiten sich der Partei kaum noch eröffnen, daß also gewissermaßen nur Zufallsresultate einzukommen sein würden. Das Vertrauen der Veranstalter wurde aber dadurch gestärkt, daß manche Blätter, besonders konservative, die Sache sehr ernst nahmen, daß man sich auf verschiedenen Seiten anschickte, das sozialdemokratische Vorbild nachzuahmen, als sein Gelingen noch sehr zweifelhaft war, und vor allem, daß schließlich der Polizeipräsident von Berlin scharfe Überwachungsmaßnahmen anordnete. So etwas belebt immer das Interesse und spornt die Demonstrationslustigen an, deren es in der Sozialdemokratie so viele gibt. Die Sozialdemokratie hatte noch einmal Glück. In Berlin wie im Reich ist der Erfolg nach den vorliegenden Berichten trotzdem im allgemeinen als gering zu bezeichnen. Die Versammlungen unterließen sich in Zusammensetzung und Verlauf nicht von den üblichen, und wenn auch über das Ergebnis der Abonnentenwerbung für die Presse und der Mitgliederwerbung für die Organisationen günstigere, freilich unkontrollierbare Mitteilungen gemacht werden, so ist es doch eine alte Erfahrung, daß die Wirkung solcher „Gewaltgeschäfte“ keine dauernde ist, und daß die so Geworbenen ziemlich bald wieder abspirigen. Den Rückgang der Organisationen hält auch die Rote Woche nicht auf.

Keine neuen Rüstungen.

O Berlin, 10. März.

Es ist kaum begreiflich, wie die falsche Nachricht entstehen konnte, daß eine halbe Milliarde für Neubewaffnung der Artillerie werde gefordert werden. Wer solche Nachricht verbreitet, muß sie doch, wenn er nicht als leichtfertig gelten will, von einer unterrichteten militärischen Stelle haben. Eine derartige Stelle aber, die irgendwelche solche Mitteilungen gemacht haben könnte, gibt es nicht, denn die behauptete Absicht besteht nicht. Die Angelegenheit ist für uns psychologisch noch interessanter als in sachlicher Beziehung. Man kann an dem Beispiel erleben, mit welcher Unverfrorenheit sogenannte Nachrichten in die Welt gesetzt werden, und dies peinliche Erlebnis hat für jeden Publizisten, der etwas auf sich hält, etwas wirklich Beschämendes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Mittwochnummer folgende Notiz: „Verschiedene Blätter wollen wissen, daß dem Reichstag demnächst eine Wehrvorlage mit einem Kostenbetrag von 1/2 Milliarde Mark zugehen werde. Wir können erklären, daß eine neue Wehrvorlage nicht in Aussicht steht.“

Eine wichtige Abstimmung in der Militärstrafgesetzkommision.

Den eigentlichen Anstoß zur Reform des Militärstrafgesetzbuches, die nun sozusagen etappenweise vor sich geht, hat bekanntlich die drakonische Judikatur des Reichsmilitärgerichts gegenüber den zur Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes gebildet. Als die Regierung vor einigen Wochen ihren Gesetzentwurf vorlegte, der übermala die Milde einiger Strafen verlangte, mußte es deshalb die selbstverständliche Pflicht des Reichstags sein, die Quelle gerade dieser Klagen abzugraben, Klagen, die, wie bekannt, vor allen Dingen sich an das Erfurter Kriegsgericht knüpfen. So kam der Antrag Dr. Müller-Meiningsen-Vitz in der 27. Kommission, der nur für die Dauer der Kontrollversammlung die Personen des Beurlaubtenstandes des Militärstrafgesetzbuches unterstellt wissen will, nur dem allgemeinen Rechtsempfinden entgegen. Durch die Annahme dieses Antrags, der in der Dienstausschuss der Kommission, wie gemeldet, mit der imposanten Mehrheit von 16 gegen 4 Stimmen (3 Konservative, 1 National-liberaler) erfolgte, hat sich, wenigstens in erster Lesung, die große Mehrheit des Reichstags dahin ausgesprochen, daß die rechtlich unhaltbare Judikatur des Reichsmilitärgerichts gegen Reservisten und Landwehrmänner aufhören müsse. Zu bedauern ist nur, daß nicht auch die national-liberale Partei — im Gegensatz zu der in diesem Falle erfreulichen Haltung des Zentrums — diese Forderung der Gerechtigkeit erfüllt hat, vielmehr, wie die Konservativen, zur Seite stehen blieb. Ihr Anschluß an die anderen bürgerlichen Parteien wäre dringend zu wünschen, um bei der Regierung einen praktischen Erfolg in zweiter Lesung zu erzielen. Die Verbündeten der Regierung andererseits, die sich am Dienstag noch ziemlich ablehnend verhielten, würden einen großen Fehler begehen, ja sie würden geradezu die sozialdemokratische Agitation unterstützen, wollten sie der nunmehrigen Forderung der Reichstagsmehrheit ihre Zustimmung verweigern. Schon deshalb steht zu hoffen, daß auch das Plenum den Antrag Müller-Meiningsen tunclich einstimmig, natürlich abgesehen von den Konservativen, die ja hier niemals mitrechnen, annehmen möge.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der König und die Königin von Württemberg werden am 23. März am Besuch des bayerischen Hofes in München eintreffen und am 24. März nach Stuttgart zurückkehren.

* Keine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren. Die „Kowojewskaja“ in Petersburg erklärte, daß eine Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm in den finnischen Schären im Laufe des Sommers in Aussicht stehe, und deutete an, daß Kaiser Wilhelm dieser Tage einen Brief des Zaren erhalten habe. Beide Nachrichten werden dem Korrespondenten des „B. Z.“ gegenüber von zutreffender Stelle als völlig grundlos bezeichnet. — Der Zar empfing übrigens gestern den deutschen Militärbevollmächtigten, den General der Infanterie Burggraf und Grafen zu Dohna-Schlobitten, in Abschiedsaudienz.

* Deutschlands Vertretung im Kardinalskollegium. Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen dem Vatikan durch den preussischen Gesandten beim Papste und durch den apostolischen Nuntius in München, Frühwirth, ihre Wünsche um Vertretung des deutschen Klerus im Kardinalskollegium durch wenigstens drei Mitglieder unterbreiten lassen. Der Papst dürfte in dem vorausichtlich im April stattfindenden Konfistorium dem Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, und dem apostolischen Nuntius Frühwirth die Kardinalswürde verleihen.

* Nationalliberalismus und Partikularismus. Der „Rheinischer Generalanzeiger“ wendet sich mit erfreulicher Entschiedenheit gegen die partikularistische Fäule des Abgeordneten Rehmann. Das Organ des Abgeordneten Rehmann will nichts davon wissen, daß der badische Nationalliberalismus als Hort eines süddeutschen Partikularismus den Kampf mit dem preussischen Partikularismus aufnehmen solle; es fordert deshalb eine authentische Interpretation der Rehmannschen Ausführungen, aus der klar hervorgehe, daß dem badischen Nationalliberalismus nichts ferner liege, als einen süddeutschen Partikularismus zu züchten. Diese Haltung des Rehmannschen Organs ist gewiß mit Genugthuung zu begrüßen, weil Rehmanns Propaganda für den Partikularismus mit den Überlieferungen der nationalliberalen Partei sicherlich nicht im Einklang stand.

* Der König von Sachsen auf einer Industriekontingenz. Der Verband sächsischer Industriellen hielt gestern in Dresden seine Jahresversammlung ab. Der König, die Minister, zahlreiche Staatswürdenträger, Stadtvertreter, viele hervorragende Persönlichkeiten wohnten ihr bei. Der König wurde vom Verbandsvorstandenden Geh. Kommerzienrat Lehmann begrüßt. Sandikus Dr. Stresemann sprach über die sächsische Industrie auf dem Weltmarkt. Der König unterhielt sich nach

Schluss des Vortrags geraume Zeit mit Dr. Stresemann über die rheinisch-westfälische Industrie im Vergleich zur schlesischen. Er blieb dann noch eine Weile im Kreise der Verbandmitglieder und nahm eine Erfrischung an. Die Tagung war sehr fruchtbar.

Zur Verbesserung der deutsch-dänischen Verkehrsbeziehungen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Ende des vorigen Monats fanden hier Besprechungen zwischen Kommissionen des Reiches, der preussischen, der medienburgischen und der dänischen Regierung statt, um die Möglichkeit von Verbesserungen der deutsch-dänischen Verkehrsbeziehungen zu untersuchen. Die Besprechungen erstreckten sich auf die wirtschaftliche Bedeutung der Verkehrsbeziehungen, auf die Gestaltung des Fahrplans für die verschiedenen Verbindungen sowie auf andere Fragen vorbereitender Art. Die Erörterungen sollen demnächst fortgesetzt werden.

Ein Vortragsverbot des früheren Bürgermeisters Trömel. Die Polizei in Halle verbot den Vortrag des früheren Bürgermeisters Trömel aus Ufedom, der über seine Dämmerzustände und seine Erlebnisse in der Fremdenlegion sprechen wollte. Trömel hat die Absicht, den Vortrag in allen größeren Städten Deutschlands zu halten; was man allerdings ebenso für einen Unfug wird halten müssen, wie seinerzeit die Rundreise des „Hauptmanns von Köpenick“ — denn der Zweck derartiger Vorträge wird doch kaum die Warnung vor der Fremdenlegion sein, die Trömel nach Pariser Blättern noch gar gelobt haben soll früher, als vielmehr derjenige, aus einer üblen „Sensation“ Geld herauszuschlagen.

Der Leiter der „Gesellschaft für Welthandel“. Als Leiter der geplanten Deutschen Gesellschaft für Welthandel wurde sowohl in Regierungs- als auch in kaufmännischen Kreisen der aus dem Reichsdienst scheidende Direktor der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Dr. von Koerner, genannt.

Ein Ministerialerlass über schärfere Maßnahmen zum Arbeitswillkürschutz. In Preußen wird binnen kurzer Zeit das Streikpostenverbot ohne gesetzliche Maßnahmen durch Polizeiverordnung geregelt sein. Nachdem bereits vor einiger Zeit in Rheinland und Westfalen durch Polizeiverordnungen entsprechende Anordnungen wegen der polizeilichen Befugnisse im Falle der Befugnis vor Aufständen und Gefährdung der Sicherheit erlassen worden sind, hat der Minister des Innern die Oberpräsidenten der übrigen Provinzen auf den Erlass ähnlicher Verordnungen hingewiesen. Demgemäß erfolgt jetzt der Erlass entsprechenden Vorkehrungen, durch die folgendes bestimmt wird: „Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden, so weit nicht die im § 386, Ziffer 10, des Reichsstrafgesetzbuches angedrohte Strafe (Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen) eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M. und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.“ Verordnungen dieses Inhalts sind bereits in der Rechtspflege des Oberverwaltungsgerichts als rechtmäßig anerkannt worden; sie stützen sich u. a. auf § 10, Teil 2, Zif. 17 des Allgemeinen Landrechts, der lautet: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit, Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“ Auch in anderen Bundesstaaten sind Erordnungen im Gange, im Wege der Polizeiverordnung polizeiliche Vorkehrungen gegen das Streikpostenverbot zu treffen.

Berlins Vermögensbilanz. Die Anleiheverbindlichkeiten der Stadt Berlin betragen insgesamt 508 656 382 M., einschließlich 80 Millionen Mark in diesem Jahre noch zu begebender Anleihen. Das Aktivvermögen der Stadt Berlin beträgt zurzeit 1100 Millionen Mark.

Fünf neue Angriffe auf Militärpersonen sollen nach Meldung reaktionärer Blätter im Bereich des elsässischen Armeekorps stattgefunden haben. Das literarische Bureau des Ministeriums in Straßburg teilt nun mit, daß diese Nachrichten nicht zutreffen.

Eine kaiserliche Spende für eine Kirche. Der Kaiser schenkte aus seiner Privatkassette 20 000 M. zur Erneuerung der Lutherkirche in Mansfeld.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die jetzt so intensiv die Handelsgewerbetreibenden beschäftigt, ist noch nachträglich auf die Vollversammlung des deutschen Handelslages, der am 18. und 19. März zusammentritt, gesetzt worden. Eine Aufschubfrist des deutschen Handelslages geht der Vollversammlung am 17. März voraus und wird sich ebenfalls mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beschäftigen.

Ausbehnung des Generalpardon auf schwelende Verfahren. Das Kammergericht hat entschieden, daß der Generalpardon des Wehrstrafgesetzbuchs auch für bereits schwelende Verfahren wegen Steuerhinterziehung gilt.

Ein Nachspiel zu dem Kieler Werftprozeß im Jahre 1909. Der Landgerichtsbienner Wolff, der früher als Aufseher im Untersuchungsgefängnis beschäftigt war, wurde gestern in Kiel verhaftet. Das Verfahren gegen ihn wird streng geheim geführt, es verlautet nur, daß es sich um ein Nachspiel zu dem Werftprozeß im Jahre 1909 gegen die Kaufleute Frankenthal und Jakobson handelt.

Die Niederlassung von 12 Benediktinern auf dem Michaelsberg bei Siegburg ist, wie die „Köln. Volksztg.“ erfährt, durch den Kultusminister genehmigt worden.

Ein 125jähriges Zeitungsjubiläum in Sachsen. Am 12. März begeht der „Vogtländische Anzeiger“, eines der ältesten Amtsblätter des Königreichs Sachsen, sein 125jähriges Bestehen. Der Verlag der Zeitung hat eine Denkschrift zur Feier des seltenen Jubiläums herausgegeben, die eine in vieler Beziehung einzigartige Chronik der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse darstellt, wie sie sich in den Spalten der jeweiligen Nummern des „Vogtländischen Anzeigers“ widerspiegeln.

Rechtspflege und Verwaltung.

Anwält gegen den Richterbund. Die Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins, die am 8. März in Weimar tagte, hat einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Von den angesehensten Richtern und Rechtslehrern wie von den deutschen Justizverwaltungen wird anerkannt, daß das Gedeihen der Rechtspflege auf einem vertrauensvollen Zusammenwirken der Richter mit den Rechtsanwältinnen beruht. Nicht nur die Vorstände der Anwaltskammern, sondern alle Organisationen der Anwälte, insbesondere der Deutsche Anwaltsverein, sind ernstlich bemüht, dem Volke das Vertrauen zu den Richtern zu erhalten und mit ihnen zu dem gemeinschaftlichen Ziele zusammenzuarbeiten. Die Leitung des Deutschen Richterbundes und sein Organ, „Die deutsche Richterzeitung“, gefährden dieses Zusammenarbeiten. Denn sie unterstützen die agitatorischen Angriffe, die unter Verleumdung der Bedeutung des Anwaltsstandes und seiner Leistungen, unter Verallgemeinerung und Übertreibung einzelner Fehlsprüche gegen die Rechtsanwaltschaft erhoben werden. Wir legen gegen dieses Verhalten Verwahrung ein zum Schutze des Ansehens unseres Standes, nicht minder aber auch zur Verhütung einer Schädigung unserer Rechtspflege.“

Parlamentarisches.

Südafrika in der Budgetkommission des Reichstags. Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratung des Haushaltsplanes für Südafrika beim Kapitel Landespolizei fort. Für die Landespolizei sind an weißen Hilfskräften 518 Mann vorgesehen, davon 15 Offiziere, 60 Polizeiwachmeister, 408 Polizeiergente, außerdem noch außerordentliche Hilfskräfte: Gesamtbedarf 2 100 720 Mark (gegen das Vorjahr 57 680 M. weniger). Für farbige Hilfskräfte sind 155 600 M. angesetzt und davon 370 eingeordnete Polizeibeamten zu befehlen. Der Schutztruppe stehen 517 Pferde, 505 Maultiere, 58 Kamelle und 200 Ochsen zur Verfügung, für deren Unterhaltungskosten 535 000 M. angesetzt sind. Insgesamt sind für die Landespolizei 3 713 410 Mark vorgesehen. Von den Anforderungen für weiße Hilfskräfte wurde ein Zehntel der Kosten gestrichen. Die übrigen Anforderungen wurden bewilligt. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der der Reichstangler aufgefordert wird, den Haushaltsplan für 1915 so aufzustellen, daß die Kosten für Landespolizei und Schutztruppe zu zwei Dritteln vom Reich, zu einem Drittel vom Schutzgebiet getragen werden. — Weiter wurde eine Entschließung angenommen, nach der den Angehörigen der Schutztruppe die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre eigenen Verpflegungsbedürfnisse auf fiskalischem Wege zu erzeugen. Beim Kapitel Eisenbahnen und Hafenanlagen teilte auf Anfrage des Reichstatters ein Regierungsvertreter mit, daß ein Entwurf über den vom Reichstag gewünschten Einheitsstarif vorliegt. Seine Verabschiedung sei durch Verhandlungen mit der Ostafrikan-

gesellschaft verzögert worden. Im Juli würde der neue Tarif wohl in Kraft treten können. Auf eine weitere Anfrage gab ein Regierungsvertreter Auskunft über den Stand des Brückenbaues in Swakopmund, ebenso über die Kosten der elektrischen Kraftbeschaffung. Dann wurden die Einnahmeposten genehmigt.

Die Sonntagsruhe-Kommission des Reichstags setzte gestern die Beratung über die Ausnahmestunden fort. Die Vorlage sieht zehn Ausnahmestunden mit einer Beschäftigungsdauer von zehn Stunden vor, davon sechs Sonntage kraft gesetzlicher Grundlage und vier kraft Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde. Ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien will diese Anordnung umkehren, also nur vier Sonntage gesetzlich festlegen und sechs Sonntage den höheren Verwaltungsbehörden freigegeben, ferner die Beschäftigungsdauer auf acht Stunden herabsetzen und sie nicht über 7 Uhr abends zulassen. Die Wirtschaftliche Vereinigung fordert die Streichung aller Ausnahmestunden. Die Sozialdemokraten wollen nur den letzten Sonntag vor Weihnachten von 12 bis 6 Uhr freigegeben. Die Kompromißparteien wollen für Kur- und Badeorte und Plätze mit starkem Touristenverkehr nach Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde den Handel mit geringwertigen Andenken, Erinnerungszeichen und dergl. bis 7 Uhr abends gestatten unter der Voraussetzung, daß die Angestellten dann an jedem dritten Sonntag von aller Arbeit befreit sind. Auf eine sozialdemokratische Demängung wurde vom Zentrum und den Nationalliberalen erwidert, daß keineswegs daran gedacht sei, in großen Badeorten die Warenhäuser für den Verkauf von Kleinigkeiten offen zu lassen. Es handle sich nur darum, das Kleingewerbe nicht durch ein Verkaufsverbot direkt zu ruinieren. Ein Regierungsvertreter betonte, daß von den bisher zugestandenen zehn Sonntagen in Preußen tatsächlich nur sechs in Geltung seien. Die Kompromißanträge wurden schließlich unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen.

Zur Haltung des neuen Staatssekretärs von Elsaß-Lothringen. In der Zweiten Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtags erklärte Staatssekretär v. Rödern, die Wünsche, er möge sein Programm entwickeln, könne er auch heute noch nicht erfüllen, weil das Programm nur aufgebaut werden könne auf Grund der genauen Kenntnis der Verhältnisse. Er unterbreite die Meinung des Abg. Haub, daß die Verfassung nicht angelastet werden dürfe. Der Abgeordnete habe ferner betont, daß im Lande nur die verfassungsmäßigen Faktoren zu regieren haben. Auch diesen Ausführungen könne er durchaus zustimmen. Auf bereits erledigte Angelegenheiten einzugehen, liege für ihn kein Anlaß vor. Er möchte nur auf die Mitteilung des Reichskanzlers verweisen, daß die Frage der Heranziehung des Militärs einer Prüfung unterliege. Er sei übrigens der Meinung, daß in den letzten Jahren von Verfassungsfragen so viel gesprochen worden sei, daß dringende Fragen der Verwaltung hätten in den Hintergrund treten müssen. So sei die Finanzreform eine der wichtigsten Aufgaben. Die Ausführungen des Reichskanzlers im preussischen Herrenhaus könnten nur dahin verstanden werden, daß in den großen allgemeinen politischen Fragen, in denen das Reichsinteresse im Vordergrund stehe, es zu ersten Divergenzen nicht kommen könne, daß aber wohl in Fragen der Wirtschaftspolitik und einzelnen Verwaltungsfragen Divergenzen möglich seien. Der Staatssekretär schloß: Wir werden gern in enger gemeinsamer Verwaltungsarbeit mit Ihnen zusammenarbeiten.

Heer und Flotte.

Die Zaberner Garnisonfrage. Wolffs Bureau teilt aus Berlin mit: Dem „Elsässer“ wurde angeblich von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Verlegung des Infanterie-Regiments Nr. 132 nach Zabern und des Infanterie-Regiments Nr. 90 nach Straßburg mit dem 1. Oktober zu erwarten sei. Die Nachricht beruht ebenso wie die schon vor Wochen verbreiteten Verlegungsgerüchte auf freier Erfindung.

Die bayerische Luftschifferabteilung wird aller Wahrscheinlichkeit nach nach Garmersheim verlegt werden. Diese Verlegung dürfte damit zusammenhängen, daß auch der von der bayerischen Militärverwaltung bestellte neue Zeppelin in Garmersheim stationiert werden wird.

Die atlantische Division in Argentinien. Aus Buenos Aires, 10. März, wird über die Aufnahme unserer „Blauen Jungen“ in Argentinien weiter berichtet: Die Festlichkeiten anlässlich der Anwesenheit der deutschen Kriegsschiffe nahmen gestern vormittag ihren Fortgang mit einem Ausflug der deutschen Mannschaften nach Quilmes, wohin sie von der

Fenilleton.

Aus Kunst und Leben.

Die ersten deutschen Komödianten in Rußland. Wie man weiß, waren die ersten Schauspieler Rußlands Deutsche, die bereits am Hofe der ersten Romanows ihre Kunst übten; freilich waren diese Vorstellungen nur für den Zaren und seine nächste Umgebung berechnet; eine interessante neue russische Veröffentlichung, die sich mit dieser Pionierarbeit der Deutschen für das russische Theaterleben beschäftigt, weist darauf hin, daß es damals noch kein öffentliches Theater im russischen Reiche gab; ein solches schuf erst Peter der Große, der in Moskau auf dem roten Platz, hart an der Mauer des Kreml einen „Komödientempel“ erbauen ließ, der an deutsche Schauspieler vermietet wurde. Der erste Direktor dieses „Tempels“, der nicht mehr war als eine Bretterbühne, war Johann Kunst. Die Geschäfte Kunst gingen aber nicht rühmlich, denn das Moskauer Publikum war keineswegs so aufgeschlossen wie sein Herrscher. Man betrat das Theater einfach als eine „Erfindung des Teufels“, der rechtgläubige Christen fernzuhalten sollte. Zudem waren die Eintrittspreise sehr niedrig angesetzt worden, man zahlte von drei Kopeken aufwärts bis zu zwanzig Kopeken. Der gute Johann Kunst verfrachtete und wurde damit der erste Theaterdirektor Rußlands, den der Plebejer holte; er ging, wie das auch noch heute in Rußland in unzähligen Fällen geschieht, bei Nacht und Nebel durch. Seine Truppe konnte sich nur an den Fundus halten, der freilich nicht allzu reich gewesen zu sein scheint. Immerhin gab es doch einige Prachtstücke, die unter den Hammer kamen, wie etwa eine Wiese mit Menschen, Tieren, Vögeln, Fliegen und sogar Wägen. Bemerkenswert war auch ein komplettes Meer, bestehend aus neun Wellen, von denen freilich die neunte und größte ramponiert war. Das verfrachtete Theater und den Fundus übernahm Joseph Fürst, der Aufführungen nicht nur in deutscher, sondern auch in russischer Sprache veranstaltete; gleichzeitig hatte er einige jungen Russen im Auf-

trage des Zaren in der Schauspielkunst zu unterweisen. Diese jungen Künstler waren den Fronten im Lande ein Grauel, denn sie führten ein gar ungebundenes Leben; sie betranken sich, stritten mit den Degen, die sie widerrechtlich führten, durch die Stadt und spielten den würdigen Kaufleuten argen Schabernack, der soweit ging, daß diese Leute sich sogar an dem Heiligtum fremder Väter vergrißen, d. h. die Väter beschimpften, wenn die Kaufherren nicht mit Geld oder Waren herauskämen wollten. Lange duldeten die Moskowiter diese Übergriffe, aber schließlich riß ihnen doch die Geduld und sie flohen. Das Verfahren war kurz und summarisch, — der Haupttrandsist wurde fürchterlich gepeinigt. Während bei Kunst Frauenrollen noch von Männern gespielt worden waren, verfügte Fürst bereits über zwei Schauspielerinnen, ein Fräulein v. Besch und die Frau des Generalarztes Peggelkamp; die erstere erhielt 150, Frau Peggelkamp dagegen 300 Rubel Jahresgage, das war für damalige Zeiten enorm viel. Die russischen Schauspieler waren dagegen miserabel honoriert, sie führten ein elendes Dasein, so daß man wohl verstehen kann, daß sie sich mit Gewalt und List das nahmen, was sie zum Lebensunterhalt brauchten.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. In Wien kam es aus Anlaß des 100. Geburtstages des österreichischen Dichters Schöner in den Straßen zu Kundgebungen. Ein großes Aufgebot von Polizeibeamten zu Fuß und zu Pferde durchzog die Stadt, um das Singen revolutionärer Lieder zu unterdrücken. Zahlreiche Studenten wurden verhaftet. Die Gebäude der höheren Schulen waren von einer starken Polizeiabteilung besetzt. In dem städtischen Institut kam es zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Parteien von Studenten. Wilhelm Jacobys neues Lustspiel „Wir geh'n nach Tegernsee“ hatte am Stadttheater zu Nürnberg einen durchschlagenden Erfolg.

Die Komödie „Der Ring“ von Harry Kahn, deren gleichzeitige Uraufführung im Oktober in den Berliner Kammertheatern und im Münchener Schauspielhaus stattfindet,

wurde jedoch auch vom Hoftheater in Stuttgart und von der Reuen Wiener Bühne zur Aufführung erworben.

In Triest wurde ein neues Stück „Das Brandmal“ der römischen Schriftstellerin Clarice Tarsus zum erstenmal aufgeführt und erzielte einen großen Erfolg. Das Stück, das die Schmach des Mädchenhandels behandelt, wird in deutscher Übersetzung von Hans Balth an verschiedenen deutschen Bühnen aufgeführt werden.

In Paris hat der Regierungskommissar bei den staatlich unterstützten Theatern, der Schriftsteller Adrien Bernheim, der sich insbesondere durch seine Bemühungen, den französischen Schauspielern ein sorgenfreies Alter zu verschaffen, bekannt gemacht hat.

In einem Interview mit einem italienischen Journalisten machte die gegenwärtig in Rom weilende Gattin Maeterlinds Georgette Leblanc einige interessante Mitteilungen über die neuen Arbeiten, mit denen Maeterlinck zurzeit beschäftigt ist. Gegenwärtig vollendet er den Band „Der unsichtbare Gott“, der, wenn möglich, noch im Laufe dieses Jahres in Paris erscheinen soll. Auch seine Betrachtungen „Der Tod“ sollen in erweiterter und ausgearbeiteter Fassung in Kürze in Frankreich veröffentlicht werden. Für die Bühne beschäftigt sich Maeterlinck zurzeit mit einem Fabelstoffe tragischen Inhaltes.

Bildende Kunst und Musik. Frau Amalie Nitzsch hat eine neue Operette „Immer der Andere“ vollendet, die am Leipziger Stadttheater zur Uraufführung im kommenden Herbst gelangt.

Leoncavallo arbeitet gegenwärtig an einer dreitägigen Oper „Ave Maria“, die im nächsten Frühjahr herauskommen soll.

Wissenschaft und Technik. Der Professor der Chirurgie Deibert in Paris teilte in der Akademie der Medizin mit, daß es ihm in zwei Fällen gelungen sei, die durch die Operation verursachten Substanzverluste durch Aufpfropfen von Knorpelstücken zu ersetzen, welche sich mit dem lebenden Gewebe zu verschmelzen scheinen.

dortigen deutschen Brauerei geladen waren. Bei einem Frühstück an Bord des Kreuzers „Strasbourg“, zu dem viele argentinische Marineoffiziere eingeladen erschienen, sprach Kommandant v. Rebeur-Paschwitz auf Argentinien, die argentinische Marine und die deutschen Landeseinheiten, während der Marineminister einen sehr herzlichen Trinkspruch auf Deutschland und die deutsche Marine ausbrachte. Zu dem Empfang, der sich dem Frühstück anschloß, fanden sich besonders viele argentinische Familien ein. Gestern Abend waren der Kommandant und die deutschen Offiziere Gäste des österreichisch-ungarischen Gesandten. Heute sollte die „Strasbourg“ mit dem deutschen Admiral nach Montevideo gehen; da jedoch v. Rebeur-Paschwitz leicht erkrankt ist, wurde die Abreise aufgeschoben.

Post und Eisenbahn.

Auch der Leiter des holländischen Postwesens zur Information in Deutschland. Zum Studium der deutschen Posteinrichtungen ist, nachdem erst vor einigen Tagen der englische Generalpostmeister in der Reichshauptstadt anwesend war, nunmehr der Generaldirektor des holländischen Postwesens in Berlin eingetroffen.

Ein neuer Eisenbahnverein. Wie in verschiedenen anderen Direktionsbezirken haben sich jetzt auch im Bezirk der Eisenbahndirektion Essen die Beamten 1. Klasse des mittleren Eisenbahndienstes zur besseren Vertretung ihrer Interessen zu einem Verein zusammengeschlossen.

Deutsche Schutzgebiete.

Der Bischof von Kamerun. Am Montag hat der apostolische Vikar von Kamerun Bischof Bieker, der ein Jahr zur Erholung in Deutschland weilte, die Rückreise nach Kamerun angetreten. Dort wird er nach Ostern dem zu seinem Nachfolger mit dem Recht der Nachfolge ernannten Vater Hennemann die bischöfliche Weiche erteilen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Türkhan-Pascha in Wien. Wien, 10. März. Türkhan-Pascha frühstückte heute beim Grafen Berchtold und hatte dann mit dem italienischen Vizekönig Herzog von Aosta eine Besprechung. Später machte er beim rumänischen Gesandten einen Gegenbesuch und konferierte mit dem türkischen Vizekönig. Abends reiste Türkhan-Pascha nach Durazzo ab. — Das „Freidenkblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit Türkhan-Pascha. Türkhan erklärte als sein Programm, den Fürsten in jeder Hinsicht zu unterstützen. Er werde bestrebt sein, auf dem wirtschaftlichen Gebiete und auf dem Gebiete des Unterrichtswesens eine rege Tätigkeit zu entfalten.

Eine Studentendemonstration in Wien. Wien, 10. März. Die Hörer der Wiener Tierärztlichen Hochschule, welche seit langem fordern, daß dieselbe von der militärischen Kompetenz abgetrennt und gleich anderen Hochschulen dem Unterrichtsministerium unterstellt werde, sowie eine bauliche Umgestaltung des Instituts im modernen Sinne verlangen, demonstrierten vor der Schule. Sie durchdrangen die Pforten, besetzten die Tore und drangen in die Aula ein, um dort eine Versammlung abzuhalten. Da die Hörer die Aula nicht freiwillig räumen wollten, wurde der militärischen Bereitschaft der Befehl erteilt, sie zu säubern. Angesichts des energischen Vorgehens des Militärs verließen nun die Studenten die Aula in der Absicht, eine Demonstration zum Kriegsministerium zu unternehmen, doch scheiterte dieser an dem energischen, den Studenten bekanntgegebenen Entschluß der Polizei, einen solchen Zug auf jeden Fall zu verhindern. Bei der Räumung der Aula wurden 12 Verhaftungen von der Polizei vorgenommen. Gegen 12 Uhr mittags trat völlige Ruhe ein. Die Tierärztliche Hochschule wurde durch eine Verriegelung des Neffers gesperrt.

Schwere Verurteilung eines Spions. Wien, 11. März. Das kaiserliche Kriegsgericht verurteilte gestern den Oberleutnant Jakob vom 4. Husaren-Regiment wegen Spionage zu 17½ Jahren schweren Kerkers und zum Verlust der Ehre.

Luxemburg.

Verurteilung des Bischofs Koppes. Luxemburg, 10. März. Der Bischof von Luxemburg Koppes hatte in einem Hirtenbrief den Katholiken das Lesen einer Anzahl von Zeitungen verboten. In einer von der „Neuen Zeit“ angeregten Verleumdungsklage wurde heute der Bischof zu einer Geldstrafe von 30 Franken mit Strafaufsatz verurteilt.

Frankreich.

Doumergue zur auswärtigen Politik. Paris, 10. März. In der Kammerführung erklärte bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Äußern der Ministerpräsident und Minister des Äußern Doumergue: Die Regierung habe nicht auf, in allen Fragen mit den Freunden und Verbündeten in vollem Einvernehmen vorzugehen. Die Besprechungen, die stattgefunden haben, um friedliche Lösungen für Schwierigkeiten zu finden, haben dies innerlich bestätigt. Frankreich mit dem verbündeten Rußland und dem befreundeten England noch verstärkt, ein Einvernehmen, das kostbar erscheint, um das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und den Frieden zu wahren. Dies Vorgehen hat auch die anderen Großmächte beeinflusst. (Beifall.) Zu dem Teil seiner Rede, der sich auf die Schaffung Albanien bezieht, sagte Doumergue: Die Konferenz der Großmächte in London hatte sich von der Notwendigkeit überzeugt, längs der Küste des Adriatischen Meeres einen unabhängigen Staat zu gründen in den Gegenden, wo die albanische Rasse vorherrscht. Die Großmächte hatten anerkannt müssen, daß in diesen Gebieten, die in der Nachbarschaft von zwei Großmächten liegen, Italien einerseits und andererseits Österreich-Ungarn, dessen Geschicke Kaiser Franz Joseph mit so großer Weisheit und so großer Würde leitet, seit langst verschwundenen Zeiten eine tatkräftige und kriegerische Rasse mit ausgesprochenem Volksthum ihren Sitz hat. Zu dem Besuche des Prinzen von Wied in den sechs Hauptstädten bemerkte der Ministerpräsident, diese Besuche beweisen seinen Willen, Albanien unabhängig zu erhalten. Die Mitwirkung Frankreichs ist allen denjenigen sicher, die in diesem Lande ohne Gewalttätigkeit die Ruhe wiederherstellen suchen. Weiter sollte der Ministerpräsident der Haltung Rumaniens Anerkennung, das ein wichtiger Faktor des Friedens auf dem Balkan bleibe. Ministerpräsident Doumergue wies darauf hin, daß sich Frankreich in freudlichem Sinne betätige, besonders auch in der Türkei. Diese würde nicht auf eine finanzielle Unterstützung Frankreichs rechnen können, wenn sie den Frieden

den stören wollte. (Lebhafter Beifall.) Sodann besprach der Ministerpräsident die jüdische und die armenische Frage und den Anteil Frankreichs an der Lösung der verworrenen Lage in China und Mexiko. Bei der Besprechung der Marokko-Frage sagte der Ministerpräsident: Die letzten Abkommen mit Spanien haben die Meinungsverschiedenheiten beseitigt, eine sehr glückliche Annäherung und eine vollständige Eintracht in der marokkanischen Verwaltung der beiden Länder herbeigeführt. — Francois Deloncle drückte seine Freude über die Erklärungen Doumergues aus und betrat sodann die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan. Schließlich betonte der Redner, daß Frankreich seinen Einfluß im Orient aufrecht erhalten müsse und wies auf die Bemühungen Italiens und Deutschlands hin. Darauf sprach er von der Vorbereitung des nächsten Conclaves von seinen österreichisch-ungarischen, italienischen und deutschen Landsleuten. — Jaurès stellte die Forderung, daß die von der Türkei für die Anerkennung des Status quo verlangten Garantien von allen weiteren Forderungen getrennt werden sollten, bevor man ihnen finanzielle Hilfe gewähre. Er hoffe, die Regierung werde nicht ihre Zustimmung zu einer französischen Anleihe geben, um die Diktaturherkunft zu stärken, die in China besteht. Ministerpräsident Doumergue antwortete, daß die Regierung sich bezüglich Chinas nach der internationalen Übereinstimmung richten werde. — Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Denis Cochin zur deutsch-russischen Differenz. Paris, 10. März. In der heutigen Debatte über das Budget des Ministeriums des Äußern beschäftigte sich der konservative Abgeordnete Denis Cochin mit der zwischen der deutschen und der russischen Presse entstandenen Fehde. Die Ursache bilde offenbar die zunehmende Macht Rußlands. Die Beunruhigung der Deutschen sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß sie Zweifel inbetracht der Erneuerung des Handelsvertrages mit Rußland hegen, der in zwei Jahren abläuft. Der Redner schloß: Wir brauchen nur zu warten; wir sind mit einem sehr großen Lande verbündet und können laut sprechen. Wir brauchen nur zu bleiben, was wir sind, nicht aus kriegerischer Gesinnung, sondern in dem Gefühl der Sicherheit. Die Phase, die wir gegenwärtig durchmachen, wird nicht von langer Dauer sein.

Der Gründer des „Matin“ gestorben. Paris, 10. März. Heute nachmittag starb hier der Journalist Alfred Edwards, der durch die Gründung des „Matin“ auf die gegenwärtige Gestaltung der französischen Presse einen beträchtlichen Einfluß gewonnen hat. Edwards hat ein Alter von 57 Jahren erreicht.

England.

Der Kriegsminister über die Stärke des Landheeres. London, 10. März. (Unterhaus.) Bei der Einbringung des Militärbudgets erklärte Kriegsminister Seely: Wir hatten außerhalb Englands 117 000 Mann völlig mobilisiert; im Heimatlande selbst waren 121 000 sowie 146 000 Reservisten sofort zum Dienst verwendbar. Im Falle einer Mobilisierung würden wir in sehr kurzer Zeit eine Expeditionsmacht von 162 000 Mann haben, alles voll ausgerüstet, Leute, Pferde, Geschütze und Munition. Im Falle einer plötzlichen Notlage in Friedenszeiten würden wir, allgemein gesprochen, 50 000 Mann aller Waffengattungen in einigen Stunden bereit haben, um sie irgendwohin zu senden.

Zur Verhaftung der Frau Bankhurst. London, 11. März. Die in Glasgow verhaftete Frau Bankhurst traf gestern Abend in London unter polizeilicher Bedeckung ein und wurde nach dem Holloway-Gefängnis übergeführt. In Glasgow mußte sie auf einer Tragbahre in den Zug gebracht werden. In London wartete eine große Anzahl von Suffragetten auf der Station auf sie, um eine Demonstration zu veranstalten und ihre Führerin zu befreien. Die Polizei führte die Suffragetten hinter sich, indem sie die Verhaftete auf dem Notton Road-Bahnhof in einen Gefängniswagen überführte, der sie nach Holloway brachte.

Eine neue schreckliche Suffragettenhandtat. London, 10. März. Heute vormittag wurde in der Nationalgalerie die Venus von Belasques durch einen Schnitt mit einem kleinen Weil oder einem Messer schwer beschädigt. Die Täterin wurde verhaftet; es ist eine sehr bekannte Anhängerin des Frauenstimmrechts namens Mary Richardson. Vor dem Polizeigericht in der Bowstreet erklärte sie: Ich verurteile das Bild der schönsten Frau der Welt, die Mrs. Bankhurst, um gegen die Regierung zu protestieren, die die Bankhurst zerstört, die der schönste Charakter in der modernen Geschichte ist. Die Angeklagte wurde in der Haft behalten. Die Freilassung gegen Bürgschaft wurde abgelehnt. Das beschädigte Gemälde (das von Wellington aus dem Besitz der Herzöge von Alba nach England gebracht ist) hat einen Wert von 10 000 Pfund.

Italien.

Das Ende des Generalkriegs in Rom. Rom, 10. März. Bei den Zusammenstößen heute früh wurden neun Manifestanten und eine Anzahl Polizeibeamte leicht verletzt. Nachmittags trat völlige Ruhe ein. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und die Läden geöffnet. Die Wagen der Straßenbahn verkehrten wieder.

Mexiko.

Die Schlacht bei Torreón. New York, 10. März. Nach einem Bericht der „New York World“ aus El Paso hat eine Schlacht bei Torreón stattgefunden. Die Rebellen, die angegriffen hatten, wurden angehalten. Die Gesamtzahl der Getöteten soll 1000 Mann betragen. Die Truppen des Generals Huerta bewegten sich in vier getrennten Abteilungen vorwärts und daneben besteht noch eine Kolonne von 5000 Mann. — In Welen haben sich 900 Mann, die in das Gefängnis geworfen worden waren, freiwillig in die Armee einreihen lassen.

Japan.

Die Kaiserkrönung. Tokio, 10. März. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Forderung für die Krönung des Kaisers, die vorläufig auf den 3. November festgesetzt ist, eingebracht. Die Kosten belaufen sich auf 5 327 442 Yen.

Luftfahrt.

Algeriensfall. London, 10. März. Auf schreckliche Art verunglückte gestern der Militärflieger Hauptmann Dörner vom Northampton-Regiment. Als er über Updon

auf einem Zweibecker 2000 Fuß hoch flog, explodierte der Motor, worauf der Unglückliche zur Erde herabstürzte und in furchtbar verstümmeltem Zustand tot aufgefunden wurde.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Die Wiesbadener Thermalquellen.** In der Thermalquellenangelegenheit haben die Besitzer der privaten Thermalquellen vor einigen Monaten erneuten Antrag auf Schließung der städtischen Wassergewinnungsanlagen und auf Entfernung des Herrn Oberingenieurs Frensch aus der Kommission zum Schutz der Thermalquellen bei dem Herrn Polizeipräsidenten gestellt. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die Thermalquellenbesitzer den Standpunkt vertreten, daß durch die Wassergewinnungsanlagen der Stadt ihre Quellen geschädigt werden, und daß die Entfernung dieser Wassergewinnungsanlagen, auch abgesehen hiervon, im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden muß. Die Angelegenheit zieht sich jetzt ungefähr 15 Jahre lang hin. Die Schließung der städtischen Wassergewinnungsanlagen ist bereits einmal im Jahre 1908 von dem Herrn Polizeipräsidenten angeordnet worden, und der Herr Regierungspräsident hat diese Verfügung bestätigt. Dem Magistrat ist es aber damals gelungen, bei dem Herrn Oberpräsidenten die Aufhebung dieser polizeilichen Verfügung zu erreichen. Es ist dann während der folgenden Jahre versucht worden, die Beseitigung der Anlagen in Güte durch Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Quellenbesitzern zu erledigen, was wohl im Interesse unserer Kurstadt und des Badebetriebs gelegen hätte. Die Verhandlungen aber haben sich aus nicht bekannt gewordenen Gründen zerschlagen. Die Quellenbesitzer haben sich, da sie beabsichtigen, auch abgesehen von dem Verwaltungsweg, gegen die Stadtverwaltung vorzugehen, bei dem Herrn Polizeipräsidenten Ende Februar erkundigt, wann eine Entscheidung auf ihre Anträge zu erwarten sei, aber den Bescheid erhalten, daß sich der Zeitpunkt, wann auf die Anträge entschieden werden könne, noch nicht bestimmen lasse.

— **„Deutschland und Großbritannien im Weltkampf.“** In der Aula der Gewerbeschule hielt gestern Abend der Breslauer Dozent der Staatswissenschaften Dr. v. Gerhardt im Auftrag des „Lokal-Gewerbevereins Wiesbaden“ einen Vortrag über den deutsch-englischen Weltkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Ausgehend von den politischen Ereignissen des Vorjahres, hob der Redner den auffallenden Einfluß Englands auf die Geschichte der kontinentalen Völker hervor. London sei gewissermaßen die Zentralfestung, von der aus die Weltereignisse dirigiert werden. Wir haben ganz besondere Veranlassung, unser Augenmerk auf diese Tatsache zu richten, da die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft für England eine unliebsame Konkurrenz bedeute und jene Spannung zwischen den beiden Völkern herbeiführt, die durch die Furcht vor einer deutschen Invasion auf der einen Seite und die allgemeine Anschauung von der Überlegenheit der englischen Flotte auf der anderen Seite noch verstärkt wird, ohne daß bisher auf beiden Seiten vorherrschende Wunsch nach einer Klärung der Situation in die Tat umgesetzt worden sei. Die Entwicklungsgeschichte der deutsch-englischen Beziehungen beginnt mit der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Erzeugnisse. England, das früher den Weltmarkt unbehindert beherrschte und es verstanden hatte, seine dominierende Stellung durch geschickte politische Schachzüge zu festigen, sah mit wachsender Unruhe die Umwandlung Deutschlands aus einem reinen Agrar- in einen Industriestaat. Bahnbrechende Erfindungen in der Eisenindustrie und auf anderen Gebieten förderten die Produktion, und als das bekannte „Made in Germany“ eine ganz andere als die beabsichtigte Wirkung hatte, schloß die Nervosität jenseits des Kanals ein. Dazu kommt, daß die Konkurrenzfähigkeit der englischen Rohle im Abnehmen begriffen ist, eine Tatsache, die den Engländer mit banger Sorge in die Zukunft blicken läßt. Aus diesen Ursachen rekrutieren die Bemühungen unserer englischen Vettern, Deutschland durch allerhand Störungen in seiner Entwicklung zu behindern. Man will einen offenen Zusammenstoß gern vermeiden, aber man arbeitet im Stillen; die Wirkung dieser Wühlarbeit sei auch an den jüngsten russischen Grenzbesetzungen zu erkennen. Waren die Ausführungen des Redners über die historische Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen, wenn sie auch eine gewisse Einseitigkeit nicht verkennen ließen, außerordentlich interessant und beachtenswert, so überraschte doch der etwas bequeme Schluß. Herr v. Gerhardt empfahl nämlich als einziges Mittel zur Besserung der Verhältnisse die bekannte Schraube ohne Ende: „Der wir es kaum in der Hand haben, einen furchtbaren Wettbewerb herbeizuführen, ist es unsere Aufgabe, unsere Rüstungen fortzusetzen.“ Damit hatte das Thema einen Abschluß gefunden, der kaum dazu angetan war, allgemeine Befriedigung auszulösen.

— **Kirchliches.** Die größte Vertretung der evangelischen Gesamtkirchengemeinde ist auf Dienstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses zur Sitzung mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Rechnungsborschlag für 1914; 2. Prüfung der Rechnung für 1913/14; 3. Weiteres. — In dem morgen Donnerstag, Abends 8 Uhr, in der Kirche stattfindenden Passionsgottesdienst predigt nicht Pfarrer Weidt, wie im Kirchenkalender steht, sondern Pfarrer D. Schloffer.

— **Amtsentscheidung eines sozialdemokratischen Gemeindeführers.** Das Oberverwaltungsgericht hatte sich als höchste richterliche Instanz soeben mit einem Disziplinarverfahren zu beschäftigen, das gegen den Gemeindeführer Viebig zu Biersfeld mit dem Ziel der Amtsenthebung eingeleitet worden war. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er als Schöffe bei der letzten Landtagswahl sich von der sozialdemokratischen Partei als Wahlmann habe aufstellen lassen und sozialdemokratisch gewählt habe. Der Kreisaußschuß gab dem Antrag des Anklägers statt und erklärte gegen 2. auf Entlassung aus dem Amt. Zur Begründung des Urteils wurde u. a. etwa ausgeführt: Schöffen seien mittelbare Staatsbeamte, und diese Eigenschaft setze auch ihrer außeramtlichen Tätigkeit Grenzen, die sie nicht überschreiten dürfen, ohne sich eines Dienstvergehens schuldig zu machen. Die Sozialdemokratie sei eine Partei, deren Mitglieder sich zu Anschauungen bekannten, welche mit den Grundlagen der bestehenden Ordnung in Staat und Gesellschaft nicht vereinbar seien. Wenn ein Beamter dieser Partei zugehöre und seine Zugehörigkeit zu ihr durch sein Verhalten nach außen bekunde, so mache er sich des Vertrauens unwürdig, das sein Amt von ihm erfordere. Das habe 2. getan, indem er sich von sozialdemokratischer Seite als Wahlmann bei

der Landtagswahl habe aufstellen lassen und dann auch sozialdemokratisch gewählt habe. Damit habe er auch die besondere, mit seinem Amt verbundene Pflicht, für die Rechts- und Staatsordnung einzutreten, gründlich verletzt. Gegen das Urteil rief 2. die höchste Instanz an, wie uns aus Berlin berichtet wird, befristete jedoch das Oberverwaltungsgericht die Vorentscheidung in nichtöffentlicher Sitzung.

— **Wanderlagerbetrieb.** Die Handelskammer Wiesbaden hat im Interesse des lebhaften Handels, speziell des Kleinhandels, an die Mitglieder der Reichstagskommission zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Änderung der §§ 56, 58c der Gewerbeordnung (Beschränkung des Hausierhandels und Wanderlagerbetriebs), eine Eingabe gerichtet, in der sie den Vorschlag der Handelskammer Elberfeld, eine ausdrückliche Verpflichtung der zuständigen Behörden zur Anhörung der öffentlichen Handelsvertretung bei der Feststellung des Bedürfnisses eines Wanderlagerbetriebs gesetzlich festzulegen, unterstügt.

— **Neues Heim.** Die bekannte Firma van Noyen verlegte ihr fotografisches Atelier von Kaiserstraße 8 nach Schillerplatz 1a. Das neue Heim entspricht den Anforderungen der modernen künstlerischen Richtung. Stilvoll, elegant eingerichtete Wartezimmer nehmen den Besucher auf. Besonders reichlich findet das Atelier: kein Glashaus, wie bisher, sondern große, helle Räume, in der Art eines Malerateliers eingerichtet, bilden den eigentlichen Aufnahmestraum, in dem sich der Besucher sogleich heimisch und behaglich fühlt.

— **Hotel-Verpachtungen.** Das bekannte „Hotel Mehl“, Mühlgasse 7, wurde an den langjährigen seitherigen Oberkellner des Hotels, Herrn August Sigl, ab 1. d. M. verpachtet. — Das „Hansa-Hotel“, Nikolaistraße 1, übernimmt ab 1. d. M. pachtweise Frau Hotelbesitzer Marie Sütterlin aus Bonn. — Ab 1. April d. J. übernehmen als Wächter die Herren Restaurateur Johann Herz das Gasthaus „Zum Falken“, Bahnhofstraße 23, und Kilian Herz das Gasthaus „Zum Posthorn“, Bahnhofstraße 18.

— **Defraudanten.** Der verhaftete Dr. Geisenberger, der stellvertretende Direktor der Chemischen Werke „Gellert“ in Griesheim, wurde in dem Moment hier in Wiesbaden festgenommen, als er sich in ein Hotel in der Wilhelmstraße begeben wollte. Die Höhe der Unterschlagungen, die ihm zur Last gelegt werden, beträgt 150 000 M. Er hat die Kassenbücher und Rechnungsablagen zum Zweck der Täuschung gefälscht. — Der Buchhalter einer hiesigen Weinhandlung, G. u. b. S., ist flüchtig gegangen. Wie vorläufig festgestellt werden konnte, fehlen einige Hundert Mark.

— **Mutter und Sohn als Betrüger.** Durch die hiesige Kriminalpolizei wurden in Hamburg eine Frau Vogt und ihr Sohn verhaftet, welche eine Wiesbadener Familie durch die Vorpiegelung falscher Tatsachen um 2000 M. betrogen hatten. Das Paar wurde auch von der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern wegen Kreditbetrugs verurteilt. Von der in Wiesbaden erscheinenden Geldsumme befanden sich noch 1252 M. im Besitz des Schwindlerpaares.

— **Feuer.** Im „Hotel Kaiserhof“ an der Frankfurter Straße entstand heute mittag kurz vor 1 Uhr aus unbekannter Ursache Feuer in einem Windfang. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr rückte mit einem Löschzug aus und hatte die Gefahr beseitigt, ehe der Brand größere Ausdehnung annehmen konnte.

— **Personal-Nachrichten.** Der Eisenbahn-Obersekretär Regel bei der Eisenbahndirektion Mainz ist als Rechnungsrat bestellt worden.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Kurhaus.** Infolge des außerordentlich großen Interesses, das sich für die Aufführung der 9. Sinfonie von Beethoven am Freitag kundtut, hat sich die Kurverwaltung entschlossen, die morgige Donnerstagabend 8 Uhr im Kurhaus stattfindende Probe gegen Zahlung einer Platzkarte, welche mit der Platz-Abonnementskarte, Platzkarte, Kurhaus-Abonnementskarte, Kurhaus- oder Tageskarte vorzulegen ist, zusammen zu machen.

* **Kurtheater.** „Madame Anstet“, der übermütige Schwanz von W. Neumann, der allabendlich im Kurtheater mit durchschlagendem Lacherfolg gegeben wird, bleibt noch bis inklusive Freitag auf dem Spielplan. Für Samstag findet die Premiere des breiartigen Schwanks „Das Negerleben“ statt, mit welchem die Direktion Wong bis jetzt überall außerordentlich große Erfolge erzielt.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* **Der „Altenverein“** macht auf den interessanten Vortrag des Rönal. Vereines Eise am Donnerstagabend in der Aula der Mädchenschule nochmals aufmerksam mit dem Bemerkung, daß auch Nichtmitglieder Zutritt haben.

* **In der hiesigen Abteilung der „Deutschen Kolonialgesellschaft“** findet Donnerstag, abends 8 Uhr im Saal der höheren Mädchenschule Hauptmann a. D. Göring über „Die Tanageritabahn, den Tanageritasee und seine Umgebung“, mit Lichtbildern. Der Vortragende kennt die Gegend um den Tanageritasee aus eigener Anschauung, er war mehrere Jahre Bezirkschef von Ujiji und Uruhi.

* **Die Wiesbadener Ortsgruppe des Frauenstimmrechts** Heffen-Raffau wird am Donnerstag im „Weinhotel“ einen Film-Abend veranstalten. Zwei Mitglieder des Vereins sprechen über aktuelle Fragen. Nichtmitglieder sind willkommen.

* **„Sogoro“**, das japanische Schauspiel von Adolf Brandt, durch Damen und Herren aus der hiesigen Bürgerschaft unter der allabendlichen Leitung des Sogoroplayers M. Andriano dargestellt, gelangt bekanntlich auf Betanlassung des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins zur Aufführung. Zur Vermeidung von Irrtümern sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufführung am Samstag, abends 8½ Uhr, dagegen die am Sonntag mit Rücksicht auf die auswärtigen Besucher des Nachmittags um 4½ Uhr stattfindet.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Niedrich, 10. März.** Die Vorstandswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, die gestern abend im „Schützenhof“ stattfanden, hatten folgendes Ergebnis: Aus der Gruppe der Arbeitgeber wurden die vorgeschlagenen vier Vorstandsmitglieder sowie acht Ersatzleute gewählt. Von den Versicherungsnachweiser wurden fünf Vorstandsmitglieder und zehn Ersatzmänner von der Liste des Gewerkschaftsartikels und drei Vorstandsmitglieder nebst sechs Ersatzmännern von der bürgerlichen Vorschlagsliste gewählt. Die Wahl des Vorsitzenden der Kasse soll nach Ablauf der Einspruchsfrist, in 14 Tagen, erfolgen. Der bis zum 31. Dezember 1917 gewählte Vorstand setzt sich jetzt aus 7 bürgerlichen und 5 vom Gewerkschaftsartikels gewählten Mitgliedern zusammen. Gestern abend spät versuchte das Dienstmädchen Marie Kr. von Sonnberg sich im Rhein das Leben zu nehmen. Ihr Vorhaben wurde aber bemerkt und die Lebensmüde, die an einem Gallensteinleiden erkrankt ist, ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Nassauische Nachrichten.

Vom Niederwald.

FC. Nüdesheim a. Rh., 10. März. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Freiherr v. Schorlemer-Besier, hat, wie aus hiesigen von Berlin gemeldet wird, das zwischen der Stadt Nüdesheim a. Rh. und der Königl. Regierung zu Wiesbaden vereinbarte Abkommen wegen der Versorgung des Niederwalds mit Wasser genehmigt. Die Stadt Nüdesheim stellt der Regierung das nötige Wasser aus dem städtischen Wasserwerk gegen eine bestimmte Vergütung zur Verfügung, das von da mit elektrischer Kraft auf den Niederwald gehoben wird. Die erforderlichen Arbeiten für die Leitung von Nüdesheim auf den Niederwald werden sofort ausgeschrieben und so gefördert, daß die Anlage Anfang Mai, während der Kaiser in Wiesbaden Hoflager nimmt, fertiggestellt und im Betrieb ist. Die Wasserversorgungsfrage des Niederwalds ist nämlich durch den Kaiser in Fluss gebracht worden und der Initiative des Herrschers zu danken. Der Kaiser wird von Wiesbaden aus den Niederwald besuchen. Außer dem Niederwald wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Mairseibung Wiesbaden das Militärgeneßungsheim für das 8. und 18. Armeekorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloss Somburg v. d. S. war beabsichtigt, das Geneßungsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friedrich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1878 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu besichtigen. Da die Einrichtung des Geneßungsheims im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Wege im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeekorps v. Schand von dem Besuch damals Abstand. — Auch die Karlsburg bei Braubach wird der Kaiser von Wiesbaden aus besuchen.

— **Idstein, 10. März.** Seit 9. März kostet das Schweinefleisch am hiesigen Ort 70 Pf. das Pfund.

— **Höchst a. M., 10. März.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag gegen 11 Uhr auf dem hiesigen Güterbahnhof beim Rangieren. Der Lokomotivführer Philipp Linder kam zwischen die Räder zweier Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er im städtischen Krankenhaus starb. Ihm war der Brustkorb eingedrückt. Linder wohnte in Hattersheim, war verheiratet und hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder.

— **Reilburg, 10. März.** Aus der nahe bei Arafurt gelegenen verschlossenen Arafurter Mühle wurden während der Abwesenheit der Bewohner 5500 M. Wertpapiere und 500 M. Bargeld gestohlen.

Aus der Umgebung.

— **m. Bingen, 11. März.** Seit Jahren wurden hier Warenhausdiebstähle in großer Zahl begangen und bis in die letzten Tage fortgesetzt. Es handelt sich um die Warenhäuser von Gebrüder Sinn und Moller u. Co. Zwei Personen sind bereits verhaftet worden, darunter ein bei Sinn bediensteter gewesener Hausdiener. — Das Wasser des Rheins steigt immer noch. In den Kellern des tiefer gelegenen Stadtteils fließt das Wasser bereits bis 80 Zentimeter Höhe. Der untere Teil der Stadt Weisenheim steht bereits vollständig unter Wasser.

Sport und Spiel.

Berliner Sechstagerrennen.

Lorenz-Saldow Sieger.

Aus der Spitzengruppe schieden bei den unaufhörlichen Kämpfen in den Morgenstunden die wegen schlechten Abflörens mit einer Strafrunde bedachten Abergger-Lechner und außerdem Poulain-Bracco aus. Von den Franzosen hatte nämlich Poulain beim Wiederankommen des Rennens nicht aufgepaßt, infolgedessen den Antritt verpaßt und dann einen Raddefekt markiert. Da sich keiner der beiden Fahrer im Rennen befand, verloren sie unglückliche Runden und schieden so unter lebhaften Protesten aus. Der fünfte Abend schloß mit der Austragung des letzten Laufs für den Vatscharpreis. Lorenz gewann in überlegenem Stil vor Rütt und Stöl. Im Gesamtklassement siegte Stöl mit 8 Punkten vor Rütt mit 5 Punkten. Ein fingierter Raddefekt von Riquel, der dem Franzosen 50 M. Geldstrafe einbrachte, führte zu einer förmlichen Keilerei zwischen den Managern. Die Erbitterung und Aufregung im Rennfahrerlager nahm ständig zu, während eine andere Partei, durch künstliche Raddefekte und „Abbremsen“ dem wilden Spüren vergebens ein Ende bereiten wollte. Während die wilde Jagd unaufhörlich weiter ging, spielte sich die eingangs erwähnte, zum Ausschelden von Poulain-Bracco führende Szene ab. Kurz vor 8 Uhr führte der völlig ermüdete Fuchsle und die 6 Runden zurückliegende Mannschaft scheinbar ebenfalls aus. Die Fahrer bedachten sich weiterhin sehr scharf, da jeden Moment ein neuer Vorstoß befürchtet wird. Einem Protest von Abergger-Lechner gegen ihre Strafrunde wegen schlechten Abflörens wurde stattgegeben und die Mannschaft statt dessen mit 100 M. in Strafe genommen. Mit dieser Maßnahme war wieder die Spitzengruppe nicht einverstanden und ihr Protest wurde abends vom Schiedsgericht angenommen. Demnach blieben die Berliner mit einer Runde im Rückstand und die Spitzengruppe bestand nur aus den vier Paaren. Um 8 Uhr waren von dem unberänderten Feld 4132,324 Kilometer zurückgelegt. — Um 11 Uhr wurde nach Punktwertung von der aus vier Paaren bestehenden Spitzengruppe das Rennen ausgefahren. Sieger blieb die Berliner Mannschaft Lorenz-Saldow vor Stöl-Riquel, den dritten Platz belegten Rütt-Stellbrink vor den Amerikanern Root-Moran, den fünften mit einer Runde zurück, Mac Namara-Fogler und den sechsten, eine Runde zurück, Radebusch-Stabe. Lorenz und Saldow waren die Herren des Tages, die in nicht weniger als 8 von 10 Läufen als Erste das Ziel passierten. Rütt und Stellbrink vermochten in keinem Lauf den ersten Platz zu belegen.

— **sr. Das Internationale Lawn-Tennisturnier in Mentone** ist, so weit die offenen Spiele in Betracht kommen, abgeschlossen. Die Herren-Meisterschaft der Riviera gewann R. A. Wilding 6:1, 6:4, 6:2 über R. G. Lowe. Die Damen-Meisterschaft der Riviera entschied sich R. Lamberti-Chambers zu ihren Gunsten, indem sie R. H. Ryan mit 6:2, 6:1 leicht abfertigte. Die Meisterschaft der Riviera im gemischten Doppelspiel traf das Paar R. H. Ryan-Decugis in der Schlussrunde auf Frau O'Hara-Murray-Wilding, der das Spiel, von seiner Partnerin beiseite unterstützt, mit 2:6, 6:4, 6:4 an sich brachte.

Neues aus aller Welt.

Hochwassernachrichten.

— **Z. Braubach, 11. März.** Der Rhein hat heute den höchsten Stand im letzten Jahrzehnt hier erreicht. Das Wasser ist in die Stadt gedrungen, alles Land von dem Staatsbahndamm ist überflutet. Die Kleinbahn verkehrt nur bis zur Stadtmitte.

— **Reunwied, 10. März.** Alle Schiffgüterschuppen und viele Keller stehen unter Wasser. Der Schalenbetrieb nach Weihensturm ist heute eingestellt worden.

— **Münster, 10. März.** Wegen andauernden Regens sind die Ma, Berge und Ems weit über die Ufer getreten.

Die Talsperren laufen über.

— **Remscheid, 10. März.** Durch die seit einigen Tagen anhaltenden Niederschläge sind den Talsperren der Stadt Remscheid gewaltige Wassermassen zugeführt worden. Seit gestern läuft sowohl die 6 Millionen Kubikmeter fassende Regetalsperre im Oberbergischen wie die 1065 000 Kubikmeter fassende Gischalsperre über.

Ausfahrungen des Staudamms der Mähnetalsperre.

— **Arnsberg, 10. März.** Der Staudamm der Mähnetalsperre bei Stadum hat infolge der riesigen Wassermassen Ausfahrungen erlitten. Es wird eifrig gearbeitet, um den Damm zu verstärken. Die Mähnetalsperre ist die größte Talsperre im hiesigen Bezirk.

Opfer des Hochwassers.

— **Karlsruhe, 11. März.** Das Hochwasser in Baden und Württemberg hat bis jetzt 5 Todesopfer gefordert. Es ertranken in der Nahe ein 16jähriger Knabe, in der Donau bei Ulm ein 11jähriger Knabe, in der Brenz der 4jährige Sohn eines Kornmachers, in der Elbe der 14jährige Sohn eines Schmiedemeisters und in der Alb ein 14jähriger Knabe. Erneute Regengüsse verursachen ein weiteres Ansteigen der Flüsse.

Steigen der Seine.

— **Troyes, 11. März.** Die Seine ist in starkem Steigen begriffen. Es fehlen nur noch 30 Zentimeter, bis sie den offiziellen Höchstpunkt des Jahres 1910 erreicht hat. Der Regen, der kurze Zeit ausgefallen hatte, hat wieder begonnen, so daß ein weiteres Steigen zu erwarten ist. Auch die Aube führt Hochwasser. Sie ist seit Sonntag um 97 Zentimeter gestiegen.

— **Englische Auszeichnungen für die deutschen Retter bei der „Veltur“-Katastrophe.** London, 11. März. König Georg hat den Seelen, die sich im Oktober v. J. bei den Rettungsarbeiten des in Brand geratenen Dampfers „Veltur“ beteiligten, silberne Medaillen verliehen. Insgesamt erhielten 232 Offiziere und Matrosen diese Auszeichnung. Unter den Beförerten befinden sich 7 Offiziere und 25 Mann des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Großer Kurfürst“ und 4 Offiziere und 29 Mann des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Sedbis“. Das englische Handelsamt hat ferner dem Kapitän Dietrich vom „Großen Kurfürst“ und dem Kapitän Sagemeyer vom „Sedbis“ sowie den an den Rettungsarbeiten beteiligten Offizieren reich zitierte Silbermedaillen zum Geschenk gemacht. Jeder der deutschen Matrosen, die die Medaillen erhielten, wurde vom Handelsamt mit einem Geldbetrag von 8 Pfund in Gold belohnt.

— **Sechs Feuerwehrmänner verbrannt.** Barmen, 11. März. Bei dem gestern früh in dem Radfabrikgebäude der lithographischen Anstalt und Druckerei des von Gebrüder Weigand ausgebrochenen Großfeuers wurden noch gemeldet: Als die Wehren gegen 9 Uhr wieder vom Brandplatz abgerückt waren, liefen plötzlich mehrere Anfragen nach Feuerwehrmännern ein, die bei der Löschung des Brandes mitgeholfen hätten. Alles Suchen nach den Leuten war vergeblich. Auf Veranlassung des Kommandeurs der Wehre wurden sofort an der Brandstelle Nachgrabungen angestellt. Nach und nach fand man erst einige Verbrannten und dann wurden die Befürchtungen zur Gewissheit, daß sechs Feuerwehrleute unter den Trümmern lagen. Gegen 12 Uhr konnten alle sechs Leiden geborgen werden. Die ungelungenen Personen sind der Leutnant Wiche, der Leutnant Wache, der Radfabrikbesitzer Herr Grol, der Pflichtenführer Herr Domasch, der Radfabrikbesitzer Seiler und der Schornsteinfegermeister Roler.

— **Ein ungetreuer Gemeindevorsteher.** Potsdam, 10. März. Der seit einigen Tagen verschwundene Gemeindevorsteher Rother aus Drenth hat, wie durch Anfragen des Landratsamts festgestellt wurde, erhebliche Unterschlagungen begangen. Bis jetzt wurden 18 000 M. festgestellt. Die verlassene Ehefrau und die Kinder befinden sich in arger Notlage.

— **Einfuhr eines sechsstöckigen Neubaus.** Warschau, 10. März. Durch den Einsturz eines sechsstöckigen Neubaus wurde ein daneben liegendes Wohnhaus zerstört. Eine Person wurde getötet, sechs Personen wurden schwer verletzt und zwei werden noch vermisst.

— **Sieben Personen verbrannt.** Bina, 10. März. Heute nacht brannte ein Wohnhaus nieder. Eine alte Frau, deren beide Töchter, drei Schwestern und ein junger Mann sind verbrannt.

— **Betrügereien eines deutschen Brunnenbauers in Ägypten.** Kairo, 10. März. Große Betrügereien hat in Ägypten der deutsche Brunnenbauunternehmer Otto Dehau verübt. Er ist aus Kairo geflüchtet. Dehau hat mehrere ägyptische Bauern um ca. 50 000 M. betrogen, indem er die Vorauszahlung für Brunnenbauten verlangte.

— **Der Dampfer „Sanibar“ wieder flott.** Tanger, 10. März. Der an der marokkanischen Küste aufgelaufene deutsche Dampfer „Sanibar“ ist wieder flott geworden und hat die Fahrt nach Gibraltar angetreten.

— **452 Häuser durch Erdbeben zerstört.** Konstantinopel, 11. März. Wie aus Blau in Armenien berichtet wird, gemeldet wird, zerstörte dort ein Erdbeben 442 Häuser. Zwei Leichen sind bis jetzt geborgen worden. In Adische wurden 10 Häuser zerstört. Die Regierung sandte 100 Belie für Obdachlose ab.

— **Verheerender Sturm auf Madagaskar.** Paris, 10. März. Nach einer amtlichen Meldung aus Madagaskar hat ein Sturm in der Nacht vom 2. zum 3. d. M. im Nordosten der Insel großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Gebäude in Tamalabo sind beschädigt, viele Bäume der Eingeborenen wurden umgeworfen, mehrere Reisfelder kenterten. Bei einer Überschwemmung ertranken 16 Eingeborene. Von den Weibern ist niemand zu Schaden gekommen.

Letzte Drahtberichte.

Zu dem Attentat auf die Velasquezische Venus.

— **London, 11. März.** (Eig. Drahtbericht.) Die Londoner Polizeibehörde war schon vor einigen Tagen gewarnt worden, daß ein Attentat der Suffragetten auf nationale Kunstgegenstände bevorstehe. Infolgedessen waren Detektive über die Nationalgalerie verteilt worden. Über das Attentat wird noch folgende Darstellung gegeben: Ein Konstabler in Uniform und ein Detektiv in Zivil standen in der Galerie dicht bei dem Bilde und andere Detektive befanden sich in den Nebenräumen. Die Richardson sah das Bild einige Augenblicke scharf an, zog ein neues funkelndes Messer unter ihrem Mantel hervor und schlug mit großer Wucht auf das Bild ein. Der erste Stieb

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.16
1 Peso	4.—
1 Dollar	4.20
1 fl. süddeutsche Wirtg.	12.—
1 M. Rio	—

3/4 Buenos Aires	101.50
5 Chinesen von 1896	91.50
4 1/2 do. von 1898	78.
3 Deutsch. Reichsanleihe	74.87
2 1/2 Engl. Konsols	56.
4 Griech. Mon.	82.25
4 Japaner von 1905	82.25
4 1/2 do.	83.62
3 1/2 Ind. Rupees Anl.	